INTERIM

Wöchentliches Berlin-Info

auswärts 3 DM

2,50 DM

Nr. 292

23. Juni 1994

Hallo -
Schwerpunkt dieses Heftes ist unverkennbar die Umstrukturierung unserer Stadtteile. Dazu ein Hintergrundartikel zur "wunderbaren Welt der Geldvermehrung" und drei exemplarische Beispiele in 61.(endlich die Redebeiträge des Kiezspaziergangs vom Mai). Dazu auch auf dieser Seite Ausschnitte aus dem PLOETZ-Immobilienführer 94.
Außerdem diesmal ungekürzt und ohne Kommentar (Sorry!) das Flugblatt zur Neuen Wache.

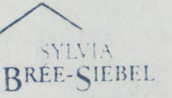
SO 36

einfache Wohnlage – Ost-Kreuzberg – zwischen Landwehrkanal und Spree
U1 (Kottbusser Tor, Görlitzer Bahnhof, Schlesisches Tor)

Der Postbezirk SO 36 (Süd-Ost 36) gehört zu den problembeladenen Zonen. Das Geviert zwischen Landwehrkanal, Spree und Moritzplatz ist „tiefstes Kreuzberg“: Die Bausubstanz – vorwiegend hundertjährige Mietskasernen – ist meist marode, mittelständisches Gewerbe dümpelt in den Hinterhöfen oder entlang der Spree. Nach dem Fall der Mauer setzte eine völlig neue Entwicklung ein, schmerzhaft für viele jüngere Bewohner, die sich aus Protest inmitten der verfallenden Straßenzüge eingerichtet hatten. Einige gehen in militanter Weise gegen drohende Veränderungen ihres „Kiezes“ vor. Neueröffneten Läden des gehobeneren Bedarfs wurden die Schaufenster zertrümmert, verhaßte „Yuppies“, die renovierte Dachgeschoßwohnungen bezogen hatten, mußten sich Pöbeleien gefallen lassen. Wer als „Spekulant“ gilt, muß mit Schlimmerem rechnen. Kurz: Wer hier investiert oder wohnt, ist auf eine gewisse Duldung angewiesen und sollte gegenüber dem bunten Volk von Aussteigern (und Schnorrern) keine Berührungsängste haben.

Im Bereich um den **Chamissoplatz** finden sich noch Straßenzüge mit lückenloser Architektur aus der Gründerzeit, größtenteils bereits erstklassig renoviert. Sie sind beliebt bei Filmteams, wenn pittoreske Außenaufnahmen von Alt-Berlin benötigt werden. Viele der jüngeren Anwohner lebten bereits als Studenten hier, meist in kümmerlichen Buden mit Außenklo. Nachdem sie Rechtsanwälte, Manager und Architekten geworden sind, behagt ihnen die Wohnlage immer noch, denn das Viertel hat als Wohnlage ebenso reüssiert wie sie selbst in beruflicher Hinsicht. Hier gilt, wie für den Kanalufer-Bereich: die Einstufung als „einfache Wohnlage“ ist kaum gerechtfertigt.

Wissen Sie schon, wieso ich seit Jahren mein Golfhandicap nicht verbessern kann?



SYLVIA BRÉE-SIEBEL
HAUSVERWALTUNG
IMMOBILIEN
VERSICHERUNGEN

Hammersteinstraße 12
14199 Berlin
Tel.: (030) 8 23 80 96
Fax: (030) 8 23 80 97

Während meine Kunden ihre Freizeit sportlich gestalten, kümmere ich mich persönlich um ihre Immobiliengeschäfte. Das ist auch gut so! Meine Kunden sollen sich auch weiterhin ruhig in ihrer wertvollen und wohlverdienten Freizeit auf mich und mein Team verlassen können. Meine Mitarbeiter und ich sind insbesondere rund um die Hausverwaltung spezialisiert.

Ich würde mich sehr freuen, Sie in einem persönlichen Gespräch, bei einer Tasse Kaffee, fachkundig beraten zu dürfen.



Hochachtungsvoll
Ihre Sylvia Bree-Siebel

Komplettservice rund um Ihre Immobilie
Jahrzehntelange Erfahrungen aus einem der ältesten familiengeführten Immobilienunternehmen.

Achtung: Interim - Ferientermine:

Ausgaben am 30.6, 14.7, 28.7, 11.8 und 25.8. Ab 8.9 wieder wöchentlich!



Impressum

Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.I.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

Eigentumsvorbehalt
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist diese Zeitung solange Eigentum der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Wem gehört die Stadt ?

Eine kurze Einführung in die wunderbare Welt der Geldvermehrung

Vorwärts rückwärts

Der Showdown läuft : Berlin als Reichshauptstadt , teilweiser Regierungssitz und Geschaftsmetropole auf der Zielgeraden zur "Global City" . Unsere Stadt soll reicher werden . Die Innenstadt mit Ausstrahlung - endlich richtig schick , teuer , sicher und sauber - für sie , uns bleibt der als Wüste getarnte soziale Wohnungsbau am Rand . Ihnen die sauberen Yuppijobs in den Glaspalästen und Altbauresidenzen , uns die letzten Knochenjobs zu Hungerlöhnen .

Vorangetrieben wird der als Urbanisierung , Stadtentwicklung und Modernisierung beschönigte Dreck durch den immer gleichen Matsch aus Senat , Industrie- und Handelskammer , Bau- und Immobilienkreisen , wie jedesmal schwebend auf der tobenden Begeisterung der Massenmedien . Die Stadt als Schokoriegel mit Sahnehäubchen - quadratisch , praktisch , gut - und für die , die es sich leisten können , auch ökologisch , multikulturell und mit den letzten Resten von Verkehrsberuhigung . Hier wittern sie ihr Geschäft : auf der einen Seite wieder richtig fett abkassieren , auf der anderen Seite endlich mal weltmännisch wichtig spielen und große Entscheidungen treffen . Aufschwung City .

Aber irgendwie scheint es nicht mehr ganz so leicht , die dicke Kohle zu machen . Das ungestörte Profitieren ist bedroht , überall lauern Gefahren : Widerstand auf der einen und Steuern auf der anderen Seite . Nun gut , Widerstand kann man einbinden und/oder zerschlagen : also schafft man mal ein wenig Bürgerbeteiligung im Planungsprozeß (und schafft sie bei passender Gelegenheit auch wieder ab) , hält sich immer mehr Bullen und Sicherheitsdienste und über allem als Schiedsrichterin eine Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und ein bißchen Umweltschutz im städtischen Sonderangebot ("Ganz neu , ganz kritisch , ganz billig !") . Aber die Abgabenlast ! Hier versagt der Staat doch immer noch , von wegen Einrollen der "sozialen Hängematte" . Hier schaffen CDUSPDFDPGRÜNE noch nicht mal ein vernünftiges Reichsarbeitszwanggesetz . Also ist mal wieder unternehmerische Kreativität gefragt: GmbH & Co. Kg , Projektmanagemant , Verlustzuweisung , Anlagefonds und Emmissionshaus und all die anderen Begriffe aus dem Handbuch für fortgeschrittene Betriebswirtschaftsstudenten . Alles legt sich auf ein Firmenkonstrukt , das nur zwei Ziele hat : viel Geld zu machen und die Profiteure im Hintergrund zu tarnen .

Wir wollen auf den folgenden Seiten mal versuchen , die beiden wichtigsten Finanzierungsstandards , mit denen hier in Berlins Innenstadtbezirken an fast jeder Ecke Betonklötze hochgezogen werden , aufzudröseln : das alte Direktanlegermodell (Bauherrenmodell) und der geschlossene Immobilienfonds mit ihren verschachtelten Funktions- und Profitebenen und ihrer millionenschweren Machtkonzentration . Darüber hinaus ist das Bauherrenmodell als klassisches Beispiel für Ausbeutung und Spekulation im Wohnungsmarkt sowie als eine Ursache für Leerstand und Verfall im Altbaubereich aus den 70iger und 80iger Jahren in schlechtester Erinnerung .

Hier treffen wir all das Pack wieder , dem wir schon immer mal eine vor den Kopf hauen wollten : das kleine Arschloch , das mal kurz 100.000 DM vor der Steuer retten will , egal wie und auf wessen Kosten ; der Immobilienhai , der die fette Kohle riecht ; der Bankier , der außer seinen Bilanzen eh nichts mehr im Kopf hat ; die Architekten , Ingenieure und Bauheinzen , denen schon längst egal ist , in welchen Drecksprojekten sie ihre Finger drin haben ; die höheren Beamten und Politikerfratzen , die nur noch auf ihren eigenen Aufschwung warten usw. , usw. Alle unter der Parole , daß sich "Arbeit und Risiko" wieder lohnen muß . Alle getarnt durch ein immenses Geflecht scheinbar unabhängiger Firmen , Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten



Uns hat es schon halbwegs Spaß gemacht , mal durch diesen Sumpf zu waten und ein paar von diesen Kröten aus dem Wasser zu ziehen (wobei richtige Kröten übrigens um einiges sympathischer sind) . Trotzdem ist es insgesamt ein doch eher etwas dröger Stoff und auch nicht ganz so einfach zu verstehen , was ja auch Sinn derartiger Konstrukte ist , schließlich will das Pack ja weiter in Ruhe leben .

Eine andere Schwierigkeit besteht darin , daß wir uns erstmal um einiges direkter mit anderen Leuten auseinandersetzen müssen . Da gibt's den Yuppi in der neuen Dachgeschoßwohnung über uns , der rumstänkert , weil sein mistiger Porsche abgebrannt ist ; den Hausbesitzer, der nicht nur uns raus haben will ; die Schickikneipe um die Ecke mit jeden Abend den gleichen Kotzbrocken . Die ganzen widerlichen Windschattensurfer des "Aufschwunges" .

Nichtsdestotrotz sind die Profiteure und ihre Helfer im Hintergrund mit den weißen Westen und schwarzen Bilanzen von verdammt wichtiger Bedeutung : sie planen die Zurichtung nicht nur der Stadt nach ihren Interessen . Uns soll die folkloristische Nische bleiben , die multikulturelle Bereicherung ihres Lebensgefühles . Am Ende der neue Zyklus von Verwertung und Ausbeutung in der Dienstleistungsgesellschaft . Die immer gleiche Scheiße im neuen Gewand .

In diesem Sinne : Friede den Hütten heißt Kampf den Palästen .

Uns gehört die Stadt .

So richtig in die Vollen

Der folgende Funktionsaufbau entspricht in etwa auch der zeitlichen Abfolge des Investitions- und Baugeschehens.
[Wir sagen wenig zu der Verwobenheit der Banken in diese Schweinereien. Daß auch die hier ganz fett abzocken ist selbstverständlich. Auch zu den profitablen Funktionen der Architekten, Steuerberater und Rechtsanwälte brauchen wir sicher nichts mehr zu sagen. Und selbstverständlich haben diese Immobilienkonzerne auch noch unzählige andere Gesellschaften, mit denen sie Profite ziehen.
Zur genaueren Funktionsweise einer GmbH ("Gesellschaft mit beschränkter Haftung"), KG ("Kommanditgesellschaft") und GmbH & Co. KG legen wir allen die Papiere der Gruppe ART ans Herz, insbesondere die 1. Folge 6-91 ("Die Kettenhunde des Kapitals") in der Interim Nr. 159 vom 6.6.91.]

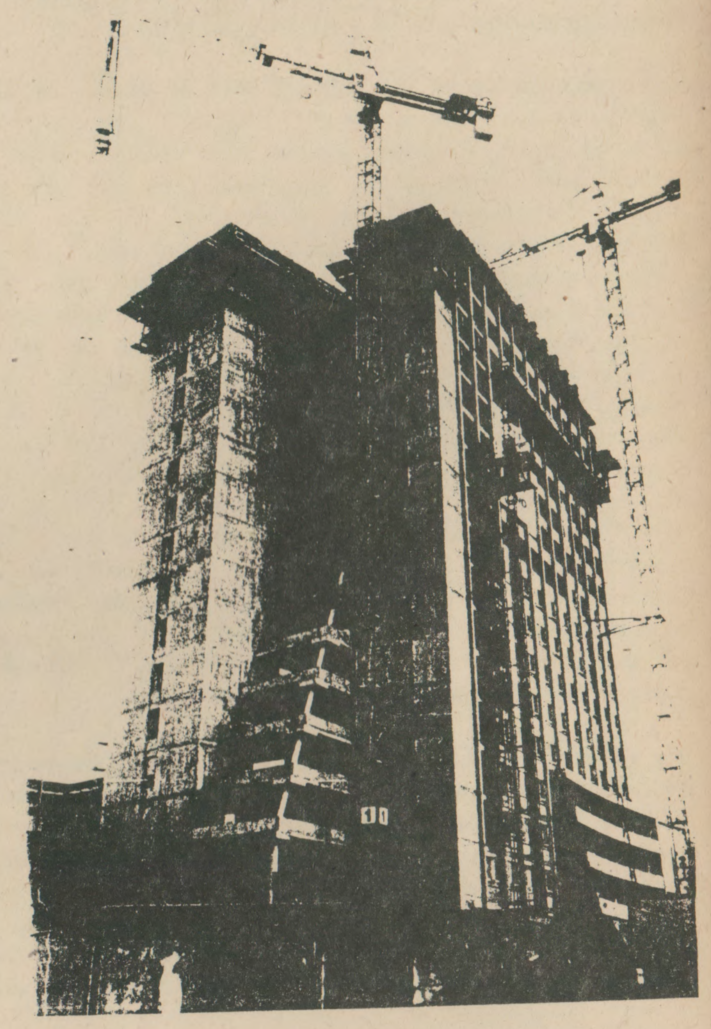
DIE UNTERNEHMENSGRUPPE
Ein verschachteltes Firmengestrüpp um die Initiatoren. Verschachtelt über direkte Beteiligungen, diffuse Besitzverhältnisse und Treuhänder, dazu ein Tross von vorgeschobenen Geschäftsfreunden, Familienangehörigen, Vertrauten, Helfern und Helfershelfern. Zum inzwischen zusammengebrochenen Schneider-Imperium zählten z.B. rund 130 Unternehmen.
Teil dieser Unternehmensgruppe sind:

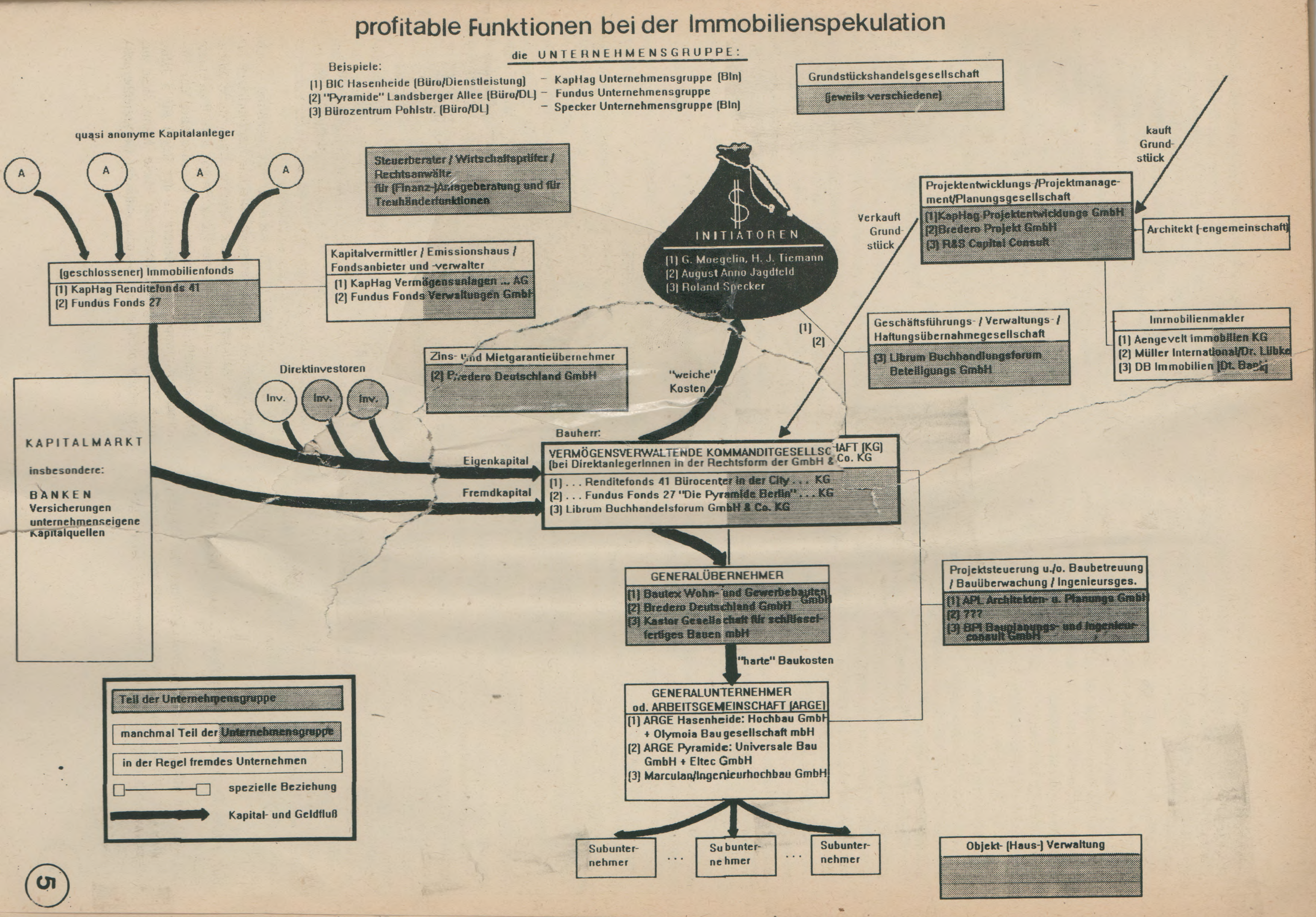
INITIATOR(EN)
Die Spinne im Netz der Unternehmensgruppe ist der Initiator (oder eine Initiatorengruppe): der oder die Drahtzieher im verschlungenen Imperiumsdschungel. Als "private Investoren" (Berufsbezeichnung Jürgen Schneiders) sich inzwischen zu Macht und Reichtum gedealt, lassen sie ihr "Know How" in unzählige Gesellschaften und Seilschaften einfließen und bauwüten als moderne Junker mit einem Heer von Söldnern. Wie ihre historischen Vorgänger hat dieser Geldadel einen Hang zu feudalem Glanz: so residierte der gestürzte Immobilienkönig Jürgen Schneider in seiner schloßähnlichen "Villa Andreae" über Königstein im Taunus. Der Aachener Immobilienmilliardär und Fondsmanager Anno August Jagdfeld wohnt auf Gut Grüntal in Aachen, und einer der größten Berliner Immobiliendealer mit dem bezeichnenden Namen Prinz zu Hohenlohe-Jagstberg sitzt auf Schloß Niederstetten in Hessen seinen Arsch breit.
Aus dem Dunstkreis des Initiators und seiner Helfershelfer kommt die Idee für ein Bauprojekt. Der Initiator, als Urheber dieser Blasenwirtschaft setzt seinen Apparat in Bewegung und hält die Fäden in der Hand.

PROJEKTENTWICKLER (DEVELOPPER)
In der Regel dreht die Projektentwicklungsgesellschaft des Initiators auf 2 Arten das Immobilienrad:
a) Sie konstruiert mithilfe von Steuerberater und Rechtsanwält ein profitables Projekt, plant es durch und läßt es auf eigenes Risiko und in eigenem Namen bauen, vermietet es und verkauft es anschließend komplett an einen Investor. Wüste Milliarden-Spekulation in die eigene Tasche: wird sie das Projekt los oder nicht.

b) Die Projektentwickler verkaufen das nackte Grundstück teuer weiter an eine =>Vermögensverwaltende Kommanditgesellschaft (KG). Das Grundstück für den Verwaltungsklotz der Dresdner Bank in der Lange Str. am Hauptbahnhof wurde z.B. innerhalb eines Jahres dreimal durchgehandelt. Das treibt den Preis hoch.
Nach dem Verkauf übernehmen die Projektentwickler als typische Dienstleister dann für den Bauherrn die Planung, die Vorbereitung der Projektrealisierung und die Vorvermietung - meist über weltweit operierende => Immobilienmakler.

KAPITALVERMITTLER, FONDSANBIETER (= EMISSIONSHAUS)
Der Initiator verfügt meist über die allerbesten Kontakte zu unzähligen Banken und anderen Kapitalgebern. So arbeiten z.B. für A. Jagdfeld hunderte von Banken, 500 Banken vertreiben seine Immobilienfonds. Als Großinvestor kann der Initiator und seine Unternehmensgruppe für sich und seine Projekte die besten Kreditkonditionen aushandeln. Über die Kapitalvermittlungsgesellschaft der Unternehmensgruppe zieht der Initiator die Anleger und später das Fremdkapital (= Kredite) für den Bauherrn ans Land. Realisiert die Unternehmensgruppe ein Großprojekt als => geschlossenen Immobilienfonds, so läßt sie durch ihre Finanz-Jongleure oder ein etabliertes "Emissionshaus" (z.B. eine Bank) die Fondsanteile vertreiben. Die Summe der AnlegerInnen-Anteile fließt als Eigenkapital in die => Vermögensverwaltende KG, die hinter dem Immobilienfonds steht.




profitable Funktionen bei der Immobilienspekulation
die UNTERNEHMENSGRUPPE:
Beispiele:
[1] BIC Hasenheide [Büro/Dienstleistung] – KapHag Unternehmensgruppe [Bln]
[2] "Pyramide" Landsberger Allee [Büro/DL] – Fundus Unternehmensgruppe
[3] Bürozentrum Pohlstr. [Büro/DL] – Specker Unternehmensgruppe [Bln]
Grundstückshandelsgesellschaft
[jeweils verschiedene]
quasi anonyme Kapitalanleger
A
A
A
A
Steuerberater / Wirtschaftsprüfer / Rechtsanwälte für [Finanz-]Anlageberatung und für Treuhänderfunktionen
INITIATOREN
[1] G. Moegelin, H. J. Tiemann
[2] August Anno Jagdfeld
[3] Roland Specker
kauft Grundstück
Projektentwicklungs-/Projektmanagement/Planungsgesellschaft
[1]KapHag Projektentwicklungs GmbH
[2]Bredero Projekt GmbH
[3] R&S Capital Consult
Architekt [-engemeinschaft]
Verkauft Grundstück
(geschlossener) Immobilienfonds
[1] KapHag Renditefonds 41
[2] Fundus Fonds 27
Kapitalvermittler / Emissionshaus / Fondsanbieter und -verwalter
[1] KapHag Vermögensanlagen ... AG
[2] Fundus Fonds Verwaltungen GmbH
Geschäftsführungs- / Verwaltungs- / Haftungsübernahmegesellschaft
[3] Librum Buchhandlungsforum Beteiligungs GmbH
Immobilienmakler
[1] Aengevelt Immobilien KG
[2] Müller International/Dr. Lübke
[3] DB Immobilien [Dt. Bank]
[1]
[2]
Direktinvestoren
Inv.
Inv.
Inv.
Zins- und Mietgarantieübernehmer
[2] Bredero Deutschland GmbH
"weiche" Kosten
KAPITALMARKT
insbesondere:
BANKEN
Versicherungen
unternehmenseigene Kapitalquellen
Bauherr:
Eigenkapital
Fremdkapital
VERMÖGENSVERWALTENDE KOMMANDITGESELLSCHAFT [KG]
[bei DirektanlegerInnen in der Rechtsform der GmbH & Co. KG
[1] . . . Renditefonds 41 Bürocenter in der City . . . KG
[2] . . . Fundus Fonds 27 "Die Pyramide Berlin" . . . KG
[3] Librum Buchhandelsforum GmbH & Co. KG
GENERALÜBERNEHMER
[1] Bautex Wohn- und Gewerbebauten GmbH
[2] Bredero Deutschland GmbH
[3] Kaster Gesellschaft für schlüsselfertiges Bauen mbH
Projektsteuerung u./o. Baubetreuung / Bauüberwachung / Ingenieursges.
[1] APL Architekten- u. Planungs GmbH
[2] ???
[3] BPI Bauplanungs- und Ingenieurconsult GmbH
"harte" Baukosten
Teil der Unternehmensgruppe
manchmal Teil der Unternehmensgruppe
in der Regel fremdes Unternehmen
spezielle Beziehung
Kapital- und Geldfluß
GENERALUNTERNEHMER
od. ARBEITSGEMEINSCHAFT [ARGE]
[1] ARGE Hasenheide: Hochbau GmbH + Olymoia Baugesellschaft mbH
[2] ARGE Pyramide: Universale Bau GmbH + Eltec GmbH
[3] Marculan/Ingenieurhochbau GmbH
Subunternehmer
...
Subunternehmer
...
Subunternehmer
Objekt- [Haus-] Verwaltung

ANLEGER/INVESTOREN
Mit einem sog. Verkaufsprospekt (von dem Projektentwickler geplant, vom Beraterstab steuerlich und rechtlich profitabel gerechnet) geht die Kapitalvermittlungsgesellschaft auf Anlegerfang.
Ob eine geringere Anzahl von Anleger wie bei den seit Jahrzehnten üblichen "Bauherrenmodellen", die sich mit ihrer Einlage (= Eigenkapital) direkt an an einer => Vermögensverwaltenden KG beteiligen oder ob die Unternehmensgruppe für einen Fonds eine anonyme Masse von Anlegern ködert, die Profitgier knallt voll durch: Was gebaut wird, wo und zu welchem Preis, ist den meisten GeldgeberInnen gleichgültig.
Zur Erinnerung: Die BRD-Einkommensteuer hat einen progressiv steigenden Steuersatz, d.h. je mehr mensch verdient, desto mehr muß er/sie Steuern zahlen. Umgekehrt: je höher der persönliche Steuersatz, desto fetter die Summe, mit dem der Staat die Immobilienschweinereien in Form von Steuergeschenken subventioniert. Mit "Verlustzuweisungen", "Werbungskosten" und "Abschreibungen" kürzen die Geldsäcke ihr "steuerpflichtiges Einkommen". Ein Bombengeschäft für all die vielen kleinen und großen Arschlöcher mit einem Jahreseinkommen von mehr als 150.000 Kröten.
Auf diese Weise ist der (anteilige) Hausbesitz fast vollständig vom Staat über die Steuerersparnis finanziert. Darüber hinaus profitieren die Anleger nochmals von der Wertsteigerung und den Gewinnausschüttungen durch die teuren Mieten in Jahren nach der Bauphase. Vorausgesetzt der Klotz wird kein Marktflop.

GESCHLOSSENER IMMOBILIENFONDS
Diese Immobilienfonds-Variante ist derzeit DIE boomende Kapitalsammelstelle für Großprojekte. Die Funktionsweise: ein vorab vom Spezialistentross des Initiators genau ausgeklügeltes Fonds-Eigenkapital wird in Einzelanteile zerlegt und Anlegern als Kommanditanteile (d.h. keine "Haftung" mit dem Privatvermögen) angedient. Der Köder: Beim einzelnen Geldgeber kann das Einlagekapital (= Beteiligung) vollständig aus ersparten Steuern finanziert werden. Die Summe der einzelnen Beteiligungen ist das Eigenkapital des Immobilienfonds bzw. der dahinter stehenden => Vermögensverwaltenden KG. Sind für alle Anteile Gierhälse gefunden, wird der Immobilienfond "geschlossen". Ein Treuhänder aus dem Unternehmensdschungel des Initiators übernimmt die Verwaltung des Immobilienfonds und VerTRITT die "Interessen" der Anleger in der KG.
Große geschlossene Immobilienfonds mit mehr als 1000 Kommanditisten (Ärzte, Ingenieure, Rechtsanwälte, ...) bringen es auf ein Fondskapital in dreistelliger Millionenhöhe. Aus diesem Geldtopf schöpfen der Initiator und seine Helfershelfer.
Dieses Modell funktioniert nicht nur bei Büro- und Gewerbebauten, sondern auch im Wohnungsbau bei Heimen, Hotels und selbst bei Kliniken.

DIE VERMÖGENSVERWALTENDE KG - DER BAUHERR
Die KG steht als formaler Bauherr im Zentrum des Baugeschehens. Ihr ausschließlicher Zweck - ob als geschlossener Immobilienfonds oder als sog. Bauherrenmodell - ist wie gesagt die Kapitalbeschaffung über Eigenkapital und das "Halten" des risikoarmen Vermögens in Form der Immobilie. Die risikoreichere Errichtung und die Geschäftsführung übernimmt der Komplementär (diejenige Person, die im Konkursfall der KG ganz schnell ihr Privatvermögen beiseiteschaffen muß). Deswegen bevorzugen die Initiatoren von Direktanlegermodellen eine GmbH (haftet nur beschränkt) als geschäftsführende Komplementärin (und die bei Spekulanten sehr beliebte GmbH & Co. KG). Wenige Direktinvestoren oder eine Vielzahl von Anlegern eines Fonds sind die beschränkt haftenden Kommanditisten und erhalten für ihre Kapitaleinlage eine Verlustzuweisung während der Bau- und "Marktetablierungs"phase. Später in der Gewinnphase - sofern die je erreicht wird - erhalten sie als Teilhaber der KG eine regelmäßge Ausschüttung aus den Mieterträgen minus der "Kosten" für Verwaltung, Instandhaltung, Steuerberatung, Fremdkapital, Treuhandschaft und Haftungsübernahme des Komplementärs. Alles Profite für die omnipräsente Unternehmensgruppe.

Als **TREUHÄNDER**
sowohl für die Unternehmensgruppe als auch für die anonymen Anleger (Überwachung der Mittelverwendung und der Gewinnabführung) fungieren vor allem die sog. "Ehrenberufe" der Steuerberater und Rechtsanwälte. Das macht Sinn, denn statt einer 30jährigen Haftung für ihre schiefgegangenen Dealereien (wie bei "gewöhnlichen" privaten Treuhändern) müssen sie nur 2-3 Jahre lang den Kopf hinhalten.
Die Treuhänder üben das Stimmrecht für die Anleger in der Vermögensverwaltenden KG aus.

RISIKENÜBERNEHMER
Die Anleger sind in der Regel an der Immobilie nur mittelbar interessiert. Um sie mit einer sicheren Kapitalanlage zu ködern müssen die Anleger von allen Risiken im Zusammenhang mit dem Bau und der Finanzierung "befreit" werden. Für die Risikoübernahme fungieren ebenfalls (beschränkt haftende) GmbHs des Initiatoren-Imperiums. Das ist praktisch, denn hat sich tatsächlich mal eine der Garantieübernehmer-Gesellschaften verkalkuliert, dann geht eben diese Gesellschaft in Konkurs und reißt nicht die ganze Unternehmensgruppe in den Abgrund. Im übrigen sind diese Dienstleistungsfunktionen höchst profitable Einnahmequellen.
Diese Risiken sind vor allem:
* 1. Das ZINSRISIKO. Für das Fremdkapital (die Kredite) müssen Zinsen an die Geldgeber gezahlt werden. Schon Zinssatzsteigerungen von 1% bringen den Betonklotz ins Wanken. Deshalb garantiert eine Handlangergesellschaft des Initiators für einen Zeitraum von 10 bis 20 Jahren einen bestimmten, anfangs festgelegten Zinssatz.
* 2. Das MIETRISIKO. Die nach der Fertigstellung erzielbare Miete ist eine der zentralen Berechnungsgrundlagen für die den Anleger versprochene Rendite. Kann diese Miete nicht erzielt werden, wird das ganze Projekt schnell zu einem Minusgeschäft. Deshalb garantieren Gesellschaften der Unternehmensgruppe den Anlegern in der Regel für 5 Jahre nach Fertigstellung eine bestimmte Miete. Kann diese auf dem Markt nicht erzielt werden, zahlt der Garantieüberneh-

mer die Differenz. Das böse Erwachen der Anleger kommt, wenn die Mietgarantie ausläuft und das Projekt als Investitionsruine in der Pampa steht.

* 3. Das HAFTUNGSRISIKO. Wie gesagt, geht die vermögensverwaltende KG hops, weil das Initiatoren-Imperium eine Investttionsruine geplant hat, dann geht's dem vollhaftenden Komplementär ans erstohle Fell. Aus dieser Haftungsübernahme, die bei geschlossenen Immoblienfonds eine Person aus dem Dunstkreis des Initiators und bei Direktanlegermodellen regelmäßig eine eh nur beschränkt haftende GmbH übernimmt, zieht die Unternehmensgruppe wieder fett Profit.

* 4. Das BAURISIKO. Normalerweise trägt der Bauherr das wirtschaftliche Risiko des realen Bauens Auch das übernimmt eine Gesellschaft - => Generalübernehmer genannt - und garantiert dem Bauherrn die Bauerstellung zu einem bestimmten Termin und zu einem festen Preis.

Bislang ist weder eine Baugrube ausgehoben, gescheige denn ein Stein auf den anderen gesetzt worden. Stattdessen sind aber bereits Milliarden Mark in Form von sog. "weichen Kosten" für all die scheiß Dienstleistungen und Funktionen auf den Konten der Unternehmensgruppe versickert. Diese künstlich aufgeblähten "weichen Kosten" machen bei vielen Bauprojekten bis zu 50% der gesamten Investitionssumme aus.

Auf der Bauebene kommt es nun zu einer weiteren beliebten Auftragskette:

GENERALÜBERNEHMER

Der Generalübernehmer (GÜ) erhält wie gesagt vom Bauherrn den Auftrag den Bau zu einem bestimmten Termin und zu einem bestimmten Preis zu realisieren. Mehr nicht. Das konkrete Bauen, im Sinne von Stein auf Stein setzen, erledigen auch wieder andere, nämlich Baufirmen und Handwerker, die der GÜ damit beauftragt.

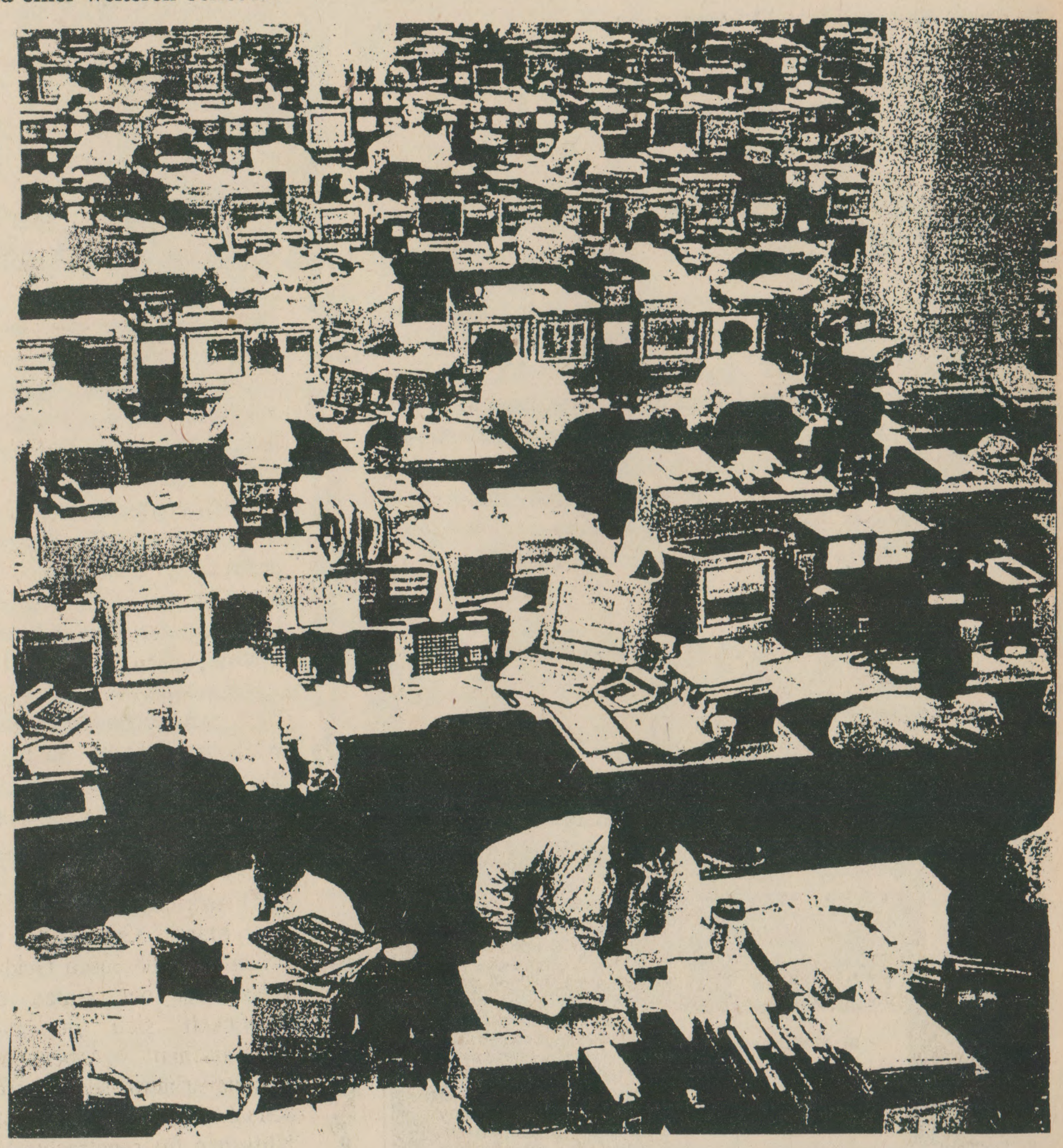
GENERALUNTERNEHMER

Meist wird vom Generalübernehmer ein Baukonzern als Generalunternehmer oder mehrere als Arbeitsgemeinschaft (ARGE) verantwortlich mit der Bauerstellung beauftragt. Der Generalunternehmer, der in der Regel den Rohbau erstellt, beauftragt wiederum einzelne Baufirmen und Handwerker als => Subunternehmer mit speziellen Teilbauaufträgen.

SUBUNTERNEHMER

Das sind die kleinen Baufirmen und Handwerker mit Teilaufträgen am Ende der Auftragskette. Die Subs sind in diesem Machtgefüge den großen Baufirmen wegen ihrer schwachen Finanzdecke ausgeliefert und werden von den Bauträgern ausgepresst wie Zitronen. Sie müssen erhebliche Vorleistungen bringen und leben von den Zwischenzahlungen des Auftraggebers. Zum Schutz ihrer Zahlungen kommen sie als letztes Glied in dieser Auftragskette nicht mehr an die Hütte ran. Bei einer Baupleite schaun sie regelmäßig in die Röhre. Von den Bauträgern wird der Fremdkonkurs des Generalübernehmers häufig als Bestandteil der eigenen Kostensenkungsstrategie von vornherein miteingerechnet. Hauptsache der Bau ist weit genug vorangekommen, denn erfahrungsgemäß sind Bauprojekte, die zu 80% fertig sind, vom Bauherrn und seinen Auftragnehmern auch selbst zuende zubringen.

Wie selbstverständlich passen die Subs in dieses Wirtschaftsgefüge. Die ganzen kleinen Chefs, die etwas vom großen Kuchen abhaben wollen, geben den Druck, so wie immer, nach unten weiter. Unten stehen die, die auf dem Bau schuften müssen, in Knochenjobs mit beschissenem Lohn (falls sich der Chef nicht zwischenzeitlich damit abgesetzt hat), ohne soziale Absicherung und unter Bedingungen, für die das Wort "Arbeitssicherheit" purer Zynismus ist. Klitschenwirtschaft mit Ausbeutungsformen aus dem frühen 19. Jahrhundert.



Die Kontrolle des Baugeschehens im Sinne des Bauherrn (der ja von nix eine Ahnung hat) läuft ebenfalls über spezielle Dienstleister:

BAUBETREUUNG UND/ODER PROJEKTSTEUERUNG
Weil der Generalunternehmer, also die bauausführende Konzern nicht zur Unterenhmensgruppe gehört, muß das Baugeschehen technisch und wirtschaftlich überwacht werden. Diese Baubetreuung übernimmt eine Ingenieurs- und Planungsgesellschaft. Die Funktion der Projektsteuerung geht noch darüber hinaus. Sie optimieren in technisch-architektonischer, juristischer und wirtschaftlicher Hinsicht ein Bauprojekt.

IMMOBILIENMAKLER
Teilweise vertreiben die Unternehmensgruppen durch eigene Handelsgesellschaften Miet-, Pacht- und Kaufangebote. Meist werden auf dem dem Büro- und Gewerbesektor allerdings professionelle Immobilienmakler mit der Alleinvermietung oder dem Verkauf beauftragt. Wegen ihrer glänzenden Kontakte zu Anlegern, Bauträgern und Nutzern auf allen wichtigsten Märkten im In- und Ausland erzielen diese großen Immobilienhaie einfach bessere Verkaufs- oder Vermietungsergebnisse als unternehmenseigene Makler.
Besonders profitträchtig ist dabei das Verkaufsgeschäft, denn im Gegensatz zum Vermietungsmarkt bestehen dort keine gesetzlichen Limits für die Provision (5% vom Kaufpreis sind die Regel - statt popliger 2 Monatsmieten).
Im Gegensatz zum atomisierten Maklermarkt auf dem Wohnungssektor halten bei den Gewerbeimmobilien lediglich rund 15 Maklerunternehmen die Fäden in der Hand. Bei fast allen 1a-Büro- und Dienstleistungskomplexen in der Stadt sind sie mit der Alleinvermietung beauftragt: Aengevelt, DTZ Zadelhoff, Angermann, Müller International und die Dresdner Bank-Tochter Dr. Lübke.

So werden Investitionsruinen produziert. Ob in der Ödnis der Trabantenstadt Marzahn oder in der Pampa. Wen stört's? Der Staat hat über gesparte Steuern Milliarden gezahlt. Die kleinen und großen Arschlöcher hatten ihre Steuerersparnis. Auch die Edelräuber der Unternehmensgruppen kratzt das kaum, die feinen Projekte haben sie in der eigenen Tasche (A. Jagdfeld z.B. die sichere Anlage an der Friedrichstraße) und für ihre Spekulationsobjekte haben sie die Kohle schon abgezockt. Vielleicht gehen ein zwei ihrer GmbHs drauf. Zwei von ein paar hundert. Peanuts!

Hinter der Bleiwüste, und doch keine Oase

Das Gejammer der Herrschenden dürfte uns allmählich aus den Ohren heraushängen:
Aus der "sozialen Hängematte" droht Gefahr für den "Standort Deutschland".Und da gilt es eben , den "überhöhten Besitzstand" abzuspecken, beispielsweise bei Kitas und bei der Aidshilfe, bei Arbeitslosen- u. Sozialknete.
Probleme ganz anderer Art stellen sich da den Gewinnern der Formierung zur 2/3 - Gesellschaft. Qualvolle Schlaflosigkeit bereitet den Großverdienern mit 150000 DM Jahreseinkommen einzig die Sorge, wie denn nun auch noch die letzte abgezockte Mark vor dem Ungeheuer der Einkommensteuer gerettet werden kann.
Getreu dem deutschen Wirtschaftscredo, eigentlich zu versteuernde Gewinne in den Bilanzen zu verstecken, zu vertuschen, oder in Steuerparadiese zu transferieren,bietet der Staat hier der gepeinigten Seele die Erlösung von nächtlichen Qualen:
die Abschreibungsgewinne bei Immobilienanlagen

Mit den Sonderabschreibungen bei Immobilienbeteiligungen in Berlin und den "Neuen Ländern" eröffnet der Staat selbst so spektakuläre Extragewinne durch Minderung der Einkommensteuer, daß bei den Anlegern vor Gier die letzten Sicherungen durchbrennen.WAS gebaut wird, ist den Anlegern nahezu egal.
Mit der Rechtsform der Vermögensverwaltenden KG wird allerdings dann auch bei späterer Vermietung und Verkauf als angeblich nichtgewerblicher Betrieb neuer steuerermäßigter Profit eingefahren.

Soweit zur AnlegerInnenseite. Die aktivere Seite der Geschichte liegt aber wohl bei der Unternehmensgruppe rund um die Initiatoren. Bei ihnen verdichtet sich das Know-How von Steuerprofis und Baumanagement. Nachdem sie die Projekte in die Wege geleitet haben, schaufeln sie über einen geschickt aufgeblähten Apparat an Bau - Dienstleistungen 15 - 50 % des Anlagekapitals in ihr vielfach verschachteltes Firmenimperium. (sogenannte weiche Kosten) Die Risiken werden dabei möglichst in nur beschränkt haftende Gesellschaften der Gruppe ausgelagert.Die aus den extrem hohen "weichen Kosten" resultierenden hohen Mieten können für die Anleger ein solches Objekt leicht zu einer unvermietbaren Investitionsruine werden lassen.
Dort, wo neben den Abschreibungsgewinnen mit hoher Warscheinlichkeit auch noch stattliche Renditen aus Vermietung oder Verkauf locken (den sogenannten Filetgrundstücken) investieren die Initiatoren denn auch mal "eigenes" Geld - so zB. Anno August Jagdfeld, Chef der Fundus - Gruppe und Berlins größter Privatinvestor, in der Friedrichstraße.
Die krasse Gegenseite der schillernden Fassade der scheinbar mühelosen Geldvermehrung finden wir dagegen schon bei der realen Bauausführung wieder: Berlin entwickelt sich im Bausektor zur Metropole der europäischen Arbeitsmigration. Unter miesesten Arbeitsverhältnissen werden hier in vielfach verschachtelten Sub- u. Subsubunternehmergesellschaften und Klitschen für regelrechte Hungerlöhne die Glaspaläste der neuen Eliten aus dem Boden gestampft.

Was heißt das nun für Berlin?
Wir wollen hier keine Horrorszenarien entwerfen. Moralische Appelle, die persönliche Betroffenheit erzeugen sollen, sind erfahrungsgemäß schlecht dazu geeignet, die eigene Praxis zu entwickeln. Vieles bleibt in dem starren Blick des Kaninchens auf die Schlange hängen.Jenseits der Notwendigkeit, die Methoden der Abzocker ab und an mal wieder sichtbar zu machen (Für die revolutionäre Einheit von Theorie, Praxis und klasse Partys -taräng, taräng, Vorhang) muß die Diskussion unseres Ermessens nach aus den Hinterzimmern der WGs hinaus in die Öffentlichkeit.
Einige Gedanken unsererseits möchten wir hier schon mal anreißen:
--- Aus den oben genannten Gründen wird der Berliner Bauboom an sich erst mal weitergehen.Ein Ende ist erst bei massivem Leerstand zu erwarten
--- Egal, welche Szenarien zugrunde gelegt werden, findet der Übergang zur Dienstleistungsgesellschaft hier faktisch statt.
(Polarisierung von Einkommens- u. Arbeitsverhältnissen , fortschreitende Vereinzelung etc.)
Für die Stadt bedeutet der Ausbau der Dienstleistungszentren (beispielhaft an der Friedrichstraße):

---nur tagsüber von den Yuppie - Ameisen besiedelte Verwertungsräume in den mittleren Etagen der Glaspaläste

---eine Creme von Dienstleistern und Handelsreisenden in den Nobelsuiten der obersten Stockwerke, mit frei schweifendem Blick auf das Kapital - u. Konsumreich.

---die bodennahen Bereiche mit ihrer kunterbunten Mischung aus austauschbaren Kettenläden, die den vom Konsumdruck gehetzten Flaneuren zu teuer bezahlter Lebensfreude verhelfen

---Ansammlungen von Menschen, die sich unverschämterweise dort nicht in die reine Konsumfunktion einordnen, gelangen in den Bereich privater Sicherheitsdienste oder polizeilicher Maßnahmen.

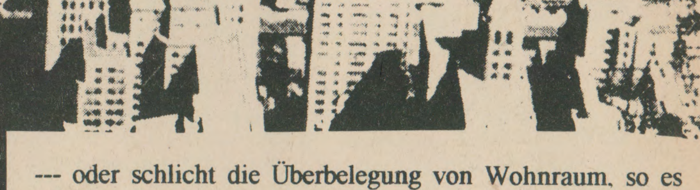
Während vielen die Entwicklung der eigentlichen Kerne der Stadt hin zu Dienstleistungsinseln der zentralen Mehrwerterzeugung noch egal sein mag, ändert sich dies schon, wenn die dadurch verschärfte Aufwertung (sprich Mietpreissteigerung, Spekulationsgewinne) der angrenzend Bezirkezur Sprache kommt.
Speziell bei der realen Verschlechterung der Einkommensverhältnissen in den unteren Sektoren wird für viele "Verdrängung" zu einem realen Problem. Dabei werden sich im Bereich:

--- Wohnungsumwandlung in Eigentum

--- Zweckentfremdung zu Gewerbe

--- Dachgeschoßausbau mit Zweckentfremd- u ung der Parterrewohnung

direkte Verdrängungen ergeben, (über Etappen an den Stadtrand ??). Bei reinen Mieterhöhungen bis hin zu Luxusmodernisierung stehen dagegen noch andere miese Alternativen zur Wahl:
---die Mehrarbeit, was bei der herrschenden Arbeitslosigkeit ein weiteres Aufblühen des schlechtbezahlten und entgarantierten Marktes billiger Dienstleistungsfunktionen wie eben Jobs bei Gebäudereinigungsfirmen und Wachdiensten bedeutet
---der Zwang für Menschen mit Sozialknete in die Illegale Beschäftigung



--- oder schlicht die Überbelegung von Wohnraum, so es noch unter der Hand möglich ist

Es ist keineswegs ausgemacht, ob eine solche Entwicklung zu Stadtrandghettos führt, oder inwiefern sich Inseln des Reichtums und der Verslumung nebeneinander einstellen werden.

Soviel fürs erste, wir würden Stellungnahmen und ganz besonders auch andere Sichtweisen aufs Schärfste begrüßten.

einige extrem phantasielose Autonome

PS. :Wir haben die Form "Innen" nicht benutzt, weil die auftretenden Personen beinahe alle Männer sind und uns daher eine andere Schreibweise in diesem Zusammenhang äußerst merkwürdig vorgekommen ist.

Redebeiträge auf dem Kiezspaziergang durch Kreuzberg 61 am 14.5.94

Dies sind drei Beiträge von mehreren, die auf dem dreistündigen Kiezspaziergang gehalten wurden, der im Rahmen der **Aktionstage gegen Ausgrenzung und Sicherheitswahn** vom 14. - 18. Mai stattfand. Die Aktion stand unter dem Motto "**Kiezspaziergang und Stat(t)führung** - rund um bekannte und unbekannte Ecken von Kreuzberg 61, auf Abwegen zwischen Kreuzberg und Gleisdreieck - zu Geschichte, Veränderung in und Vertreibung aus diesem Bezirk".

Es haben sich rund 150 Leute beteiligt und wegen der positiven Resonanz gibt es Überlegungen, den Kiezspaziergang auf die eine oder andere Art zu wiederholen.

Redebeitrag: Neubau des Bullenhauptquartiers - gehalten am Tempelhofer Damm 8-18

Hier am Rande von Kreuzberg entsteht **DAS Bullenzentrum Berlins.** Rund 300 Meter Luftlinie von hier sitzt in einer ehemals preußischen Militärkaserne DIE FRIESENWACHE, eine von sieben über das Stadtgebiet verteilten örtlichen Polizeidirektionen. Dazu der Verkehrsüberwachungsbereich Südwest. Und eine Kaserne für die Direktions- und Einsatzhundertschaften. Auf dem Flughafen Tempelhof ist eine BGS-Staffel stationiert und hier gegenüber, am Platz der Luftbrücke sitzt der Lagedienst der Landespolizeidirektion, der polizeiliche Staatsschutz und der ranghöchste Bulle Berlins, der Polizeipräsident.

Hier am Tempelhofer Damm entsteht nun für rund 350 Millionen Mark ein weiterer gigantischer Bullenkomplex mit einer Nutzungsfläche von rund 26.000 qm - verteilt auf sieben Ober- und drei Untergeschosse. Nach Fertigstellung sollen dort Dutzende von über das gesamte Stadtgebiet verteilten Polizeieinrichtungen, deren Ergebnisse derzeit noch per Boten durch Berlin gekarrt werden, hier zentralisiert werden. Von den 3 überörtlichen Polizeidirektionen Berlins werden dann allein hier ZWEI angesiedelt sein, nämlich die DIREKTION FÜR VERBRECHENSBEKÄMPFUNG und die POLIZEITECHNISCHE UNTERSUCHUNGSANSTALT (PTU).

Die **PTU** betreibt die bullenrelevanten Forschungen in Berlin. Chemische, physikalische und biologische Untersuchungen ebenso wie Materialforschung, die Untersuchung von Schriften und die Weiterentwicklung der Sicherheitstechnik.
Seit Anfang der 70er Jahre haben die Bullen mit dem Aufbau von zentralen, polizeieigenen Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen begonnen - mit dem Ziel, das Gesamtsystem "Innere Sicherheit" zu verwissenschaftlichen, sprich zu perfektionieren.

Wehren wir uns gegen die immer umfassendere Überwachung und Ausforschung unserer Lebenszusammenhänge!

* **Freiheit für die inhaftierten AntifaschistInnen!**
* **Freiheit für alle politischen Gefangenen!**
* **Freiheit für Dagobert!**
* **Weiterstadt - TEMPELHOF und Moabit - Dyna Dyna Dynamit!**

Redebeitrag: Lahmeyer International - gehalten an den Baustellen-Containern dieser Planungsgesellschaft an der Möckernstraße gegenüber der Obentrautstr.

Was sich so unscheinbar hier in den üblichen Baustellen-Containern verbirgt, ist die **Arbeitsgemeinschaft Rahmenkoordination Potsdamer Platz/Leipziger Platz**, die die Erschließungsmaßnahmen, die Baulogistik und alle öffentlichen und privaten Bauvorhaben und die Verkehrsanlagen für dieses Megaprojekt "koordiniert". Diese Arbeitsgemeinschaft besteht aus einer Projektgruppe der Senatsbauverwaltung und den Planungsgesellschaften von **Obermeyer** aus München und **Lahmeyer International** aus Frankfurt.

Die Ingenieursgesellschaft Lahmeyer International ist eine der weltgrößten Planungsgesellschaften und gehört wie ihre Muttergesellschaft, der Kraftwerk-Baukonzern **Lahmeyer AG** zum Firmenimperium von **RWE**. Dieses Firmenimperium RWE/Lahmeyer besitzt über 30 Kraftwerke in der Bundesrepublik und sitzt zudem ganz dick im AKW-Geschäft. Sie sind Besitzer und Betreiber der AKWs Biblis, Grundremmingen und Mülheim-Kärlich. Auch die Planungsgesellschaft Lahmeyer International ist ein perfekt funktionierendes Rad im internationalen Kraftwerksgeschäft.
Lahmeyer, von der RWE kontrolliert, von der Allianz abgesichert und von den bundesdeutschen Großbanken finanziert, mischt überall

dort mit, wo skrupellose Millionengeschäfte gemacht und Investitionsruinen produziert werden. In der Bundesrepublik taucht **Lahmeyer International** auf im Zusammenhang mit der Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf, dem Endlager für AKW-Müll in Gorleben und im Transnuklear-Skandal. In Europa war Lahmeyer International an der Planung des Megaprojekt "Eurotunnel" zwischen Frankreich und England beteiligt.

50% ihres Geschäftsvolumens zieht die Lahmeyer International im Ausland. Mit Krediten von IWF und Weltbank abgesichert, plant und leitet Lahmeyer unter dem Deckmantel "humanitäre und technische Entwicklungshilfe mit Vorliebe gigantische Staudammprojekte und Kraftwerksanlagen in der sog. Dritten Welt - unterstützt vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und von der Gesellschaft für technische Zusammenarbeit. In den 70er und 80er Jahren lag einer ihrer Schwerpunkte auf Staudammprojekte und Wasserkraftwerke in Südamerika. Den prestigesüchtigen Diktatoren in Guatemala, Argentinien und Brasilien wurden völlig überdimensionierte Kraftwerksanlagen zur Energiegewinnung angedient. Anfang der 90er Jahre war Lahmeyer International an einem der weltgrößten Entwicklungsprojekte beteiligt - dem Atatürk-Staudamm in Kurdistan. Ein System von 21 Staudämmen zur Bewässerung von Großplantagen.

Die Auswirkungen dieses deformierten Fortschritts sind immer die gleichen: Da versinken riesige Regenwälder und fruchtbares Ackerland in Wassermassen, da werden Naturhaushalte und überlebensnotwendige Nahrungsketten zerstört, Menschen entwurzelt und vertrieben und noch tiefer in die Armut gepresst. Da werden durch die millionenschweren Projekte internationale Abhängigkeiten geschaffen und Schuldenberge aufgetürmt.

Lahmeyer International ist auch hier in Berlin einer der Hauptprofiteure des Hauptstadtwahns. Zentrales Projekt ist dabei die Planung und Leitung der Bebauung des Potsdamer Platzes. Die Bebauung des Potsdamer Platzes ist ohne den geplanten Tiergarten-Tunnel nicht zu denken. Deshalb arbeitet die eigens dafür gebildete Projektsteuerungsgruppe mit Hochdruck an den Plänen für die vier Tunnel für Fernbahn, Stadtbahn und Pkws. Auch an dieser Projektsteuerungsgruppe ist Lahmeyer International beteiligt.

Die weltweit operierenden Großkonzerne sitzen direkt vor unserer Haustür. Sie sind angreifbar! Im **Oktober 1986** und im **Februar 1990** wurden **Brandanschläge** gegen Lahmeyer International verübt. Damals erklärten die AkteurInnen: "Die Verwobenheit von Zurichtung und Ausbeutung, von "Modernisierung" und Verwertung verkörpert sich im Know-How-Konzern Lahmeyer International in besonderer Weise."

*** Gegen Hauptstadtwahn und Naturzerstörung!**
*** Unterstützt die Anti-Tunnel-Initiative mit Aktionen gegen den Tiergarten-Tunnel!**

Redebeitrag zum Wachschutz - gehalten vor dem Penny-Supermarkt in der Bergmannstraße 102.

Im Hinterhof dieses Gebäudes befindet sich - den meisten wahrscheinlich wohlbekannt - ein Penny-Supermarkt!

Seit letztem Sommer tauchen sie überall im Stadtbild auf: in der U-Bahn, auf der Straße, sogar im Supermarkt - einige empfinden sie als willkommenen Schutz, andere werden sich klar nie an sie gewöhnen: **PRIVATER WACHSCHUTZ!** Sie heißen **"Berliner Wache"**, **IHS**, **CMM** (die sich auch "Samurais" nennen), **"Operative Gruppe City West"**, **"Security Trust"**, **ALWAS**, **CSG**, **B.O.S.S.**.
In Berlin gibt es über 250 private Wachschutzunternehmen, Tendenz steigend. Es ist DIE Wirtschaftsbranche in Berlin, die z.Zt. am stärksten expandiert. In der ganzen BRD gibt es soviele private Wachleute wie Bullen - 230.000! 1992 machten sie einen Umsatz von 3,6 Mrd. DM.
Von der **"Berliner Wache"** düsen täglich 80 Motorräder durch die Stadt, angeheuert von den Konzernen Tengelmann und Rewe, d.h. sie pendeln zwischen den Filialen von Kaisers, Plus, kd, Penny, Reichelt und Rudis Reste Rampe hin und her - vor allem in Kreuzberg und Neukölln, den Berliner "Problembereichen", so Mike Jürges, Geschäftsführer der Berliner Wache. Ansonsten sind es vor allem die BVG und Initiativen von Geschäftsleuten, die sich von den Bullen nicht ausreichend unterstützt fühlen und deshalb zum Selbstschutz greifen.
Das Konzept: Mann nehme Männer, stecke sie in Uniformen, gebe ihnen ein Funkgerät, regelmäßiges Nahkampf- und Krafttraining und einen Knüppel, plaziere sie auf ein Motorrad oder an strategisch günstige Plätze, wo sie ihre Präsenz zeigen können.
Das gewünschte Ergebnis: "Ein Stop der anhaltend negativen Entwicklungen in der City, wie die Ausweitung von Bettelei, Hütchenspiel, Kriminalität, Drogenhandel, Obdachlosigkeit, Verschmutzung usw." so Manuela Remus-Woelffling, Geschäftsführerin der **AG City e.V.** Von denen heuern rund 40 Gewerbetreibende den aus dem "kriminellen Milieu" rekrutierten Wachschutz **CMM** an, um den Ku-Damm sauber zu halten. Auf dieser Konsummeile sieht das so aus, daß SchnorrerInnen und Junkies schon mal mit dem "nötigen Nachdruck" "gebeten" werden, den Bereich zu verlassen, da sie angeblich das kauffreudige Publikum abschrecken würden - gewaltsame Übergriffe sind häufig. Kein Wunder - ist doch der Boss der **CMM**, Ahmed Mohammed, bekannt für Erpressungen und brutales Vorgehen u.a. gegen Frauen, die in den zu "schützenden" Läden arbeiten. Doch auch in den meisten anderen Wachschutzunternehmen sieht es nicht anders aus: die Hilfssheriffs, teils bewaffnet, rekrutieren sich v.a. aus Ex-NVA, -Stasi, BGS und abgehalfterten Bullen. Die Selbsteinschätzung "unaggressives Auftreten" bleibt dabei reines Wunschdenken - auch wenn z.B. die Berliner Wache graue Kleidung und Enduro-Geländemaschinen bevorzugt, um nicht aufzufallen.
Vielleicht müßte mensch ihnen öfter mal KLAR MACHEN, daß ihre Selbsteinschätzung völlig falsch ist und sie überhaupt TOTAL ÜBERFLÜSSIG sind. Oder, wie neulich ein Kunde sagte:" Wenn ich die vor meinem Supermarkt stehen sehe, dann wechsle ich doch eher den Supermarkt!"

AUFRUF

Zur Demonstration für eine politische und demokratische Lösung der kurdischen Frage

Der schmutzige Krieg in Kurdistan eskaliert weiter. Die gesamte kurdische Zivilbevölkerung wird unter dem Vorwand der "Terrorismusbekämpfung" durch den türkischen Staat massakriert. In dem zehn Jahre andauernden Kreig haben über 20 000 Menschen- die meisten davon Zivilisten- ihr Leben verloren. Über 1000 Dörfer wurden gewaltsam entvölkert und zerstört, allein im Mai d.J wurden 74 Dörfer dem Erdboden gleichgemacht. Über zwei Millionen Menschen der Landbevölkerung befinden sich auf der Flucht im eigenen Land. Zuletzt flohen 35 000 Menschen nach Südkurdistan (Irakisch-Kurdistan). Der türkische Staat hat im März d.J zusätzliche 150 000 Soldaten nach Kurdistan verlegt und mit dieser Aufstockung des bewaffneten Potentials auf 500 000 gezeigt, daß er zu einer neuen Generaloffensive gegen das kurdische Volk angetretten ist. Mit diesem Vorgehen setzt der türkische Staat die Politik des osmanischen Reiches fort, die 1905 mit dem Massaker an 1,5 Millionen Griechen und 1915 an 3 Millionen Armeniern grausame Höhepunkte erreichte. Ein Völkermord, der, wie der Völkermord an den Kurden heute, in der Geschichte der Türkei verschwiegen wird. Doch die Türkei ist wirtschaftlich und politisch am Ende. Die Inflation beträgt inzwischen 70 Prozent, innerhalb eines Jahres sind die Preise für Grundnahrungsmittel um das Doppelte gestiegen.
Diese Politik der verbrannten Erde wird maßgeblich mit der Hilfe der westlichen Staaten, vor allem der Bundesrepublik, betrieben. Ohne die Unterstützung der westlichen Staaten könnte der türkische Staat den schmutzigen Krieg gegen das kurdische Volk kaum mehr als drei Monate fortsetzen. Doch die Bundesrepublik ergreift neben der militärischen, politischen und wirtschaftlichen Hilfe für den türkischen Staat, die Beihilfe zum Völkermord ist, auch Maßnahmen gegen die Kurden in der Bundesrepublik Deutschland. Sie sollen die hier lebenden Kurden kriminalisieren und verhindern, daß sie ihre Kultur ausüben und zu ihrer Identität finden. Diese Maßnahmen gehen sogar so weit, daß sie ein Schlag gegen die Presse- und Meinungsfreiheit, gegen die Demonstrations- und Versammlungsfreiheit, also einen schweren Angriff auf die Demokratie darstellen.
Sie werden in Zusammenarbeit mit den türkischen Behörden durchgeführt. Genau so, wie diese Maßnahmen nichts an der Unterstützung der kurdischen Bevölkerung für die Befreiungbewegung Kurdistans ändern können, kan das auch nicht durch die Auslieferung von Kurden an den türkischen Staat erreicht werden.
Trotz dieser massiven Unterdrückungs- und Vernichtungspolitik hat das kurdische Volk seinen festen Glauben an Frieden, Freiheit und an den Befreiungskampf nicht verloren und leistet Widerstand. Ihren Festen Willen zu einer demokratischen und politischen Lösung der Frage hat das kurdische Volk und seine legitimen Vertreter wiederholt auf Demonstrationen und Veranstaltungen in der Bundesrepublik und zuletzt auf der Internationalen Nordwestkurdistan-Konferenz in Brüssel am 12.-13. März 1994 bekundet. Die kurdische Frage, die internationale Bedeutung angenommen hat, braucht gerade jetzt eine friedliche und demokratische Lösung. Die westlichen Staaten, vor allem die Bundesrepublik, müssen ihren gesamten Einfluß innerhalb der NATO, der KSZE und der UN einsetzen, um die Türkei zur Außerkraftsetzung aller Notstands- und Sondergesetze, zur Anerkennung der kurdischen Identität und zum Dialog mit den legitimen Vertretern der Kurden zu veranlassen.

Wir ruffen die demokratische Öffentlichkeit der Bundesrepublik auf, sich an der Demonsration für eine demokratisch- politische Lösung in Kurdistan zu beteiligen.

Wir fordern;
- die Verurteilung der Kriegs- und Menschenrechtsverletzungen durch den türkischen Staat in Kurdistan
- den sofortigen Stopp der deutschen Rüstungsliferungen an die Türkei
-keine Abschiebung von Kurdinnen und Kurden in die Türkei
- Aufhebung des Verbots gegen kurdische Organisationen und Vereine in deutschland
- die Anerkennung des Selbstbestimmungsrecnt des kurdischen Volkes

Ort: **Frankfurt/a.M-Rebstockgelände**
Zeit: **11.00 Uhr**
Datum: **25.Juni 1994**

Es Fahren Busse Ab Berlin!

Freitag 23h, Zossenerstr./Ecke Gneisenau

Karten im Buchladen Schwarze Risse

Neonazistische Aufmärsche, Angriffe und Morde sind wieder Alltag in diesem Land, genauso wie die darauf folgenden öffentlichen politischen Rituale der Bekundung von Abscheu und Bedauern. Die Hintergründe von Solingen offenbaren, daß die rassistische Mobilisierung von Staat und Bullen nicht nur geduldet oder sogar gefördert und gewollt, sondern selbst in der Zuspitzung - Mord - kein Ausrutscher ist: in Solingen wurde mithilfe des Verfassungsschutzes eine neonazistische Mörderbande aufgebaut, aktiviert und vor Verfolgung geschützt. Fünf türkische Frauen und Mädchen starben daran.
Die rassistische Mobilisierung dient als Begründung für die neue staatliche Ausländer- und Flüchtlingspolitik. Vor dem Hintergrund der Angriffe auf geflüchtete Menschen wird für eine Stimmung gesorgt, die jede unmenschliche Behandlung von Flüchtlingen möglich machen soll.

Drei hungernde Frauen in eine Klinik gebracht

„Wir werden gezielt menschlich mißhandelt"

Nicht nur das verfaulte Gemüse birgt Konfliktstoff

Aufstand im Asylantenlager

Streit um Lebensmittelpakete

Sachleistungen statt Bargeld für Asylbewerber

Anzeige bei WKD und Gesundheitsamt

Feuchte Pampe im Paket

Mit Hungerstreiks, Demonstrationen, Besuchen bei der Stadtverwaltung, Annahmeverweigerung oder aus-dem-Fenster-werfen der Eßpakete haben viele geflüchtete Frauen und Männer gegen ihre Ausgrenzung aus der Sozialhilfe und die Versorgung mit Eßpaketen protestiert. Wurden ihnen schon in ihren Herkunftsländern ihre eigenständigen (Über-)Lebensbedingungen geraubt, so müssen sie sich hier gegen deren weitere Zerstörung durch rassistische Sonderbehandlung wehren. Sie kämpfen gegen das neue, am 1.11.93 inkraftgetretene Sondergesetz, das sie zu Menschen "minderer Qualität" stempeln soll und ihnen ein Recht auf menschenwürdiges Leben abspricht. Zum ersten Mal in der deutschen Nachkriegsgeschichte wird eine gesellschaftliche Gruppe insgesamt (geflüchtete Frauen, Kinder und Männer ohne deutschen Paß) aus dem sogenannten Existenzminimum der Sozialhilfe ausgesondert.

Auf BRD-Boden werden sie in Lager mit Mauern, Zäunen und Wachdiensten drumherum gesperrt, in denen sie unter entmündigenden Bedingungen auf engstem Raum leben müssen. Geflohen aus Ländern Osteuropas, Afrikas, Asiens, vor nationalistischen, rassistischen Kriegen und Machtkämpfen, vor Vergewaltigung, rassistischer Verfolgung, Zerstörung und Perspektivlosigkeit infolge der Zerschlagung ihrer sozialen Strukturen, werden sie hier zu Armutsflüchtlingen und Überflußbevölkerung gemacht und durch die Sondergesetze dann festgeschrieben. Die staatliche Flüchtlingspolitik ist der verlängerte Arm einer Plünderungs- und Zerstörungspolitik in den Herkunftsländern der Flüchtlinge, die von den reichen Metropolenregimen und Banken zur Durchsetzung ihrer patriarchalen "Neuen Weltordnung" gemanagt und gefördert wird. Die Menschen in den verarmten Ländern dieser Erde werden von den Herrschenden schon seit Jahrzehnten als "Überbevölkerung" definiert ("Weltbevölkerungs-problem", "Bevölkerungsexplosion", "B-Bombe" etc.)
Die, die es schaffen hierherzukommen, werden jetzt mit der gleichen Politik und Ideologie konfrontiert.

Das Sondergesetz soll die Flüchtlinge abschrecken, hierherzukommen, den Aufenthalt so unerträglich und die Deportation so reibungslos wie möglich "durchführbar" machen. Nachdem schon die Kriegsflüchtlinge aus Bosnien nur in die BRD gelassen wurden/werden, wenn Privatpersonen ihre Unterhaltskosten übernehmen, tritt das sogen. Asylbewerber-Leistungsgesetz für neuankommende Flüchtlinge jetzt generell an die Stelle von Sozialhilfe. Es besteht aus einem entwürdigenden, entmündigenden System von "Sachleistungen" (Gutscheine, Altkleider, Zwangsverpflegung...). Die Geldlosigkeit wiegt in einer Welt, die fast alle Lebensäußerungen und Befriedigung von Bedürfnissen an Geld koppelt, besonders schwer. Sie soll ihnen die Möglichkeit nehmen, sich selbst zu versorgen, an ihre Lebens-Gewohnheiten anzuknüpfen, Kontakte und soziales Leben miteinander zu unterhalten und sie damit der rassistischen Willkür der Behörden ausliefern. Erfahrungsaustausch und Beratung mit anderen sollen verhindert, AnwältInnen nicht mehr bezahlt und damit die zusammengestrichenen Rechtsspielräume faktisch abgeschafft werden.

Auch die medizinische Versorgung wurde drastisch eingeschränkt. Nur akut lebensbedrohliche und ansteckende Krankheiten werden behandelt, nicht aber chronische Krankheiten oder langfristige Folgen von Unterernährung, Folter, Kriegsverletzungen und (sexuellen) Gewalterfahrungen...was und wer behandelt wird, unterliegt zusätzlich der Willkür der Behörden. Die Geldlosigkeit wird gekoppelt mit Zwangsarbeit zu Stundenlöhnen von 2.-DM, bei Verweigerung kann selbst das lächerliche Taschengeld (40 DM pro Kind und 80 DM pro Heranwachsendem und Erwachsenem im Monat) abgezogen werden - das alles ist verbunden mit der unausweichlichen Aussicht auf Deportation.

Wer es schafft, länger als drei Monate hier zu bleiben, unterliegt zwar nicht mehr dem Arbeitsverbot. Aber nur die allerbilligsten und schlechtesten Jobs, die Menschen mit westeuropäischen Pässen nicht annehmen, können Flüchtlinge ergattern.

Wegen der Aussichtslosigkeit, unter dem neuen Asylunrecht hier bleiben zu können, ziehen sich immer mehr Flüchtlinge, darunter auch Familien, in die Illegalität zurück. Das bedeutet eine noch extremere existentielle Unsicherheit, Hunger und Wohnraumnot. Um hier leben zu können, haben viele Frauen keine andere Wahl, als sich als Illegale den Sex-Geschäftemachern auszuliefern.

Ein Erfolg der Kämpfe der geflüchteten Frauen und Männer ist es, daß z.B. Köln wieder die reduzierte Sozialhilfe zahlt und Freiburg zumindest an die Flüchtlinge, die länger als 1 Jahr in der BRD sind.
Kompromißbereit sind einige Städte und Gemeinden auch deshalb, weil die Vergabe von Sachleistungen ein Mehraufwand an Verwaltung und Organisation bedeutet. Aus diesem Grund weigerten sich z.B. Berlin, Hamburg, Kassel und viele mehr, das Sachleistungsprinzip einzuführen. Weil es jedoch von politischem Interesse ist, die unmenschliche Behandlung gegen die geflüchteten Menschen durchzusetzen, gibt es mittlerweile einen neuen Vorstoß von Birzele (Innenminister BaWü), das Sachleistungsprinzip auf ALLE Flüchtlinge auszuweiten, unabhängig davon, wie lange sie schon in der BRD sind. Das gilt es zu verhindern!!!

Für findige Unternehmer bedeutet die Vergabe von Eßpaketen einen neuen Markt und zusätzlichen Profit. Der Warenwert der Pakete liegt deutlich unter dem Preis, den die Städte dafür bezahlen. Die Kosten für Verpackung, Transport...werden auf die Flüchtlinge abgewälzt. Somit erhalten die Flüchtlinge tatsächlich nur noch den Gegenwert von ca. 50% der ihnen eigentlich zustehenden Sozialhilfe.
Steigern läßt sich der Profit für die Unternehmer zusätzlich durch die miese Qualität der Lebensmittel. Alte und verdorbene Ware, die sich in den Geschäften nicht mehr verkaufen läßt, wird per Paket an Flüchtlinge verteilt. Wenn diese sich weigern, diesen Dreck zu essen, werden sie von Guten Deutschen der Undankbarkeit überführt.

In dem Geschäft mit der Lebensmittel-Unterversorgung von geflüchteten Frauen, Kindern und Männern ist der bayrische Unternehmer Herbert Weigl der Hauptprofiteur und einer der wichtigen Absahner der staatlichen Flüchtlingspolitik: Die Firma Weigl in Nürnberg sicherte sich die Verträge für die Belieferung sämtlicher Flüchtlingsunterkünfte in Bayern und vieler in anderen Bundesländern. Um seinen Profit zu maximieren, läßt Weigl über seine Tochterfirma MEIGO billig Gemüse- und Früchtekonserven in der Ex-DDR produzieren. MEIGO (sitzt in der Nähe von Gera und in Berlin) beliefert vor allem die Flüchtlingsunterkünfte in Sachsen, Thüringen, Brandenburg, Berlin, aber auch in westlichen Bundesländern, z.B. in NRW. Mittlerweile verdient Weigl/MEIGO bundesweit auf Kosten von über 20.000 geflüchteten Menschen, die von ihm (laut Monitor-Bericht im März 94) zwangsverpflegt werden. Weigl-Fleisch in Hirscheid/Bayern liefert das manchmal schon grün angelaufene Fleisch, eine weitere Weigl-Tochter, OGEVA in Leipzig, stellt die Konserven für die Pakete her, während die Blechverpackungen von seiner Beteiligungsfirma CANTOP in Eisenhüttenstadt kommen.

Thüringen: Geschäft mit Essenpaketen für Flüchtlinge

Nach ungenügender Vorbereitung droht handfester Skandal

...

Die Unzufriedenheit der Betroffenen wuchs, denn die Grundausstattung für einen funktionierenden Küchenbetrieb ist erst nach vier Wochen komplett. MEIGO beliefert über 6000 Asylbewerber in 93 Heimen, darunter 20 in Thüringen, und ist damit offenbar überfordert. Nur 85 Prozent des Verpflegungsgeldes erreichen die Asylbewerber, weil das Unternehmen davon angeblich auch die hohen Transport- und Vertriebskosten begleichen muß. Das federführende Sozialministerium hat trotz der Mißstände nicht für eine andere Lösung gesorgt.

Für den Landtagsabgeordneten Siegfried Geißler (Neues Forum) ist die Thüringer Praxis bei der Versorgung mit „Sachleistungen" ein handfester Skandal. Drei-Tages-Rationen, so ergaben Listen, enthalten zum Beispiel 80 Eier und vier Flaschen Essig. Hier offenbare sich, so Geißler, „auch die hohe Energie der von der Landesregierung beauftragten Firma MEIGO in Gera, auf Kosten der Asylbewerber und der Steuerzahler ihren Gewinn zu maximieren". Die Firma bleibe erheblich unter dem Verpflegungssatz von 23,10 Mark. Im Einzelhandel ist die gleiche Menge Waren für 17,77 oder 19,03 Mark zu bekommen. In einem Paket für vier Tage seien lediglich 60 Prozent des zustehenden Wertes festgestellt worden.

Für die geflüchteten Frauen, Kinder und Männer bedeutet Paketverpflegung Entmündigung und Erniedrigung. Zu der entwürdigenden Unterbringung in Heimen und Lagern (abgeschottet von der übrigen Bevölkerung, mit Zaun und Wachpersonal, Eingangs- und Ausgangskontrollen, Besuche nur entsprechend der Lagerverordnung...) kommt der Zwang, das zu essen, was ihnen vorgesetzt wird. Der letzte Ausdruck von Selbstversorgung, -verantwortung und -vertrauen soll zerstört werden.

Die praktizierte Verteilung von Essenspaketen in Flüchtlingshäusern und -lagern ist eine Form von Zwangsverpflegung, die es hier in der Psychiatrie und im Knast gibt. Immer ist damit Enteignung, Entfremdung, gezielte Demütigung und Entwürdigung gewollt, um selbstverantwortliches, selbstbewußtes Handeln zu unterbinden, um soziale Erfahrungen auf ein Minimum zu reduzieren, um widerständiges und sich verweigerndes Verhalten zu brechen. Das "perfekte" Verwaltetwerden als deutsche Spezialität versucht immer wieder, Menschen zu einer abhängigen, bürokratisch handhabbaren Masse zu "formen", an der Menschenverachtendes leicht praktiziert werden kann. Doch die geflüchteten Frauen und Männer machen den Schreibtischtätern und gierigen Geschäftemachern einen Strich durch ihre Rechnung!

Nahrungszubereitung und Essen findet im sozialen Kontext statt. Das, was wir essen, wer und wie wir es zubereiten, wo und wie wir essen, hat etwas mit unseren Gewohnheiten, Traditionen, sozialen Strukturen...einerseits und mit geschlechtlicher Arbeitsteilung, sozialer und technologischer Zerstörung, Entfremdung, Enteignung...andererseits zu tun.
In den meisten Gesellschaften der Welt ist patriarchal durchgesetzt, daß Frauen für die Reproduktion der (Männer der) Familie oder häufig ohne Mann für die Kinder zuständig sind, d.h. sie haben die Arbeit und Verantwortung dafür zu tragen.

Die Sondergesetze sind nicht geschlechtsneutral. Die Anwendung des sog. Asylbewerber-Sachleistungsgesetzes richtet sich in besonderer Weise gegen die geflüchteten Frauen.
Gewollt minderwertige Zwangsverpflegung erschwert die Versorgung der Familie, belastet die Frauen, macht die weibliche Reproduktionsarbeit unter den Lager- und Zwangsverpflegungsbedingungen zu einer familiären Mehrarbeit und Elendsverwaltung, gerade für die Frauen mit Kindern.
Fertigessen und Paketversorgung zielt auch auf kulturelle Unterwerfung, ist Teil der Enteignung und Zerstörung der traditionellen weiblichen Lebens- und Reproduktions-Tätigkeiten, ihrer Kenntnisse und Fähigkeiten und damit auch des Selbstverständnisses und Selbstbewußtseins von Frauen. Sie verhindert eine oft selbstverständliche Gastfreundschaft, Kommunikation und soziale Anerkennung beim gemeinsamen Essen sind nicht mehr möglich.

Die Sondergesetze unterstützen die Erhaltung und Erneuerung der patriarchalen Gewaltverhältnisse. Frauen geraten unter den Lagerbedingungen in die verstärkte Abhängigkeit sowohl von ihren Männern als auch von den patriarchal-rassistischen Institutionen (der Flüchtlingsverwaltung) und ihren VertreterInnen. Männliche Aggression richtet sich gegen die Frauen, die ihrer Rolle nicht mehr gerecht werden können, für das Essen der Familie verantwortlich zu sein. Die Bedingungen der Unterkunft, das Fehlen jeglicher Rückzugsmöglichkeiten für Frauen, der Wegfall der weiblichen Verwandtschaftsbeziehungen...steigern die Situation der Frauen oft ins Unerträgliche. Sexuelle Angriffe, Nötigungen, Erpressungen, Vergewaltigungen durch Aufseher und Lagerbewohner gehören zu ihrem Alltag.
Sprachschwierigkeiten, Verpflegungsprobleme verstärken für die Frauen die Isolation; selbst das Einkaufen fällt weg, Einladungen und Feste sind zusätzlich erschwert. Andere Möglichkeiten der Geldbeschaffung durch Arbeit sind für Männer einfacher, da sie das öffentliche Leben für sich beanspruchen und sich frei von Reproduktions-Verantwortung bewegen können. Den Frauen bleiben allenfalls die noch schlechter bezahlten Jobs wie Putzen, Prostitution, Betteln.

Der Widerstand und Kampf der geflüchteten Frauen dreht sich vor allem um die Fragen der sozialen Reproduktion, um die Erneuerung der durch Flucht- und Lagerbedingungen weitgehend zerstörten sozialen Beziehungen, auch der Frauen untereinander, jenseits von Verwertbarkeit und sexueller Verfügbarkeit, gewaltsamer Zurichtung und Unterwerfung, für Leben und Existenz in Menschenwürde.



Essensausgabe an Asylbewerber (in Mecklenburg): Nur noch 80 Mark Taschengeld

Die staatliche Flüchtlingspolitik, begleitet von den unvermindert anhaltenden Pogromen gegen MigrantInnen und Angriffen auf Obdachlose, Behinderte etc., ist ein Schrittmacher zur Durchsetzung einer in der BRD-Nachkriegsgeschichte bisher unbekannten gesellschaftlichen Polarisierung.
Das seine Macht in rassistischen, sexistischen und sozialen Angriffen erneuernde kapitalistische Patriarchat erhebt die Verwertbarkeit der Menschen zum Maßstab ihrer Existenzberechtigung und erklärt auch in der Metropole die Nicht-Verwertbaren zu Überflußbevölkerung, deren Existenzrecht wieder ganz offen infragegestellt und die entsprechend "sonderbehandelt" werden dürfen.
Die Sondergesetze gegen geflüchtete Menschen stehen in einer Reihe mit einer generellen Politik der Aussonderung von alten, behinderten, kranken und armen Menschen.
Zum einen wird damit Anpassung und Unterwerfung unter eine verschärfte Ausbeutungsordnung erzwungen: Wachsende Arbeitslosigkeit, Armut, damit einhergehend die Ausweitung und Legalisierung des sog. zweiten Arbeitsmarktes (miese Löhne

ohne Sozialabsicherung und Kündigungsschutz). Insbesondere sind davon Migrantinnen und auch Frauen mit deutschem Paß betroffen. Zugleich wurde auch der illegale ("3.") Arbeitsmarkt ausgeweitet, der auch die einzige Erwerbsmöglichkeit für illegal hier lebende MigrantInnen ist (Ausweitung von Prostitution und Frauenhandel aus Osteuropa, von Putzstellen und fliegendem Handel etc.).
Zudem erneuern und verfestigen sich die patriarchalen Strukturen, Frauen werden zunehmend und verschärft mit sexueller Gewalt und Ausbeutung konfrontiert. Die hohe Frauen-Arbeitslosigkeit, insbesondere in der Ex-DDR, zwingt Frauen in üble Ausbeutungsverhältnisse mit sexistischen Belästigungen am Arbeitsplatz und in stärkere ökonomische Abhängigkeit von Männern. Den Angriffen gegen sexuelle Gewalt durch die Frauen-Lesbenbewegung stellen Männer sich zunehmend organisiert entgegen - z.B. "Mißbrauch mit dem Mißbrauch"...

Die Existenzbedrohung (das macht ihren Status als "Überbevölkerung" aus) der Illegalen, der Kriegsflüchtlinge und der dem neuen Asylverfahren unterliegenden Menschen ist direkt umsetzbar in extreme Ausbeutbarkeit für die Ausweitung des 2. und 3. Arbeitsmarktes und damit den Herrschenden äußerst willkommen. Sie dienen als "Bodensatz" für die Angriffe auf die Löhne insgesamt, mit denen die Herrschenden die deutsche ökonomische Vormachtstellung wieder stabilisieren - von vielen Menschen bis hin zu den "Multikultis" wird das sogar begrüßt!

Neue Gesetze und Streichungen im gesamten sozialen Bereich haben faktisch das alte Sozial- und Gesundheitssystem abgeschafft, wovon am härtesten Kranke, Behinderte, Alte, Drogenabhängige und Obdachlose betroffen sind.
Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen, d.h. wer kann, bezahlt, wer es nicht kann, soll auch nicht leben oder schneller sterben. Euthanasie, sog.Sterbehilfe und eugenische Maßnahmen nach den Kriterien lebenswert und lebensunwert sind nicht nur wieder diskutierbar geworden, sondern sie werden bereits praktiziert und eingefordert.

-Die Durchsetzung der pränatalen Kontrolle gegen die Frauen mit dem Zwang, gesunde, leistungsfähige Kinder zur Welt zu bringen und sich selbst "gesund" d.h. verwertbar zu halten,
- das neue Gesetz zur Zwangssterilisierung
- die Ermordung und das Sterbenlassen von Alten und Pflegebedürftigen
- die Diskussion um das "Lebensrecht" behinderter Neugeborener
- die Einrichtung von sog. Ethik-Instituten zur Legitimierung dieser Maßnahmen...
sind Puzzlestücke einer Bevölkerungspolitik, die nach den Kriterien "wertes und unwertes Leben" aussortiert. Wieder gesellschaftsfähig und in konkrete Realität umgesetzt wird die Haltung, die in Deutschland nach Auschwitz führte.

Zugleich mit der zunehmenden Ausbeutung und Armut wächst die rassistische, antisemitische und die sexistische Gewalt und Ausbeutung. Um die patriarchalen kapitalistischen Macht-Verhältnisse neu zu festigen, muß die Mehrheit der weißen deutschen nicht-jüdischen Bevölkerung in die Teilhabe an der gesellschaftlichen Macht (über ihre Privilegiensicherung und ihre Ausübung sexistischer und rassistischer Gewalt) einbezogen werden - sie weiß, was sie zu verteidigen hat, als Deutsche, als Weiße, als Männer.
Geflüchtete Frauen und Männer werden von den HERRschenden wie vom Fußvolk verantwortlich gemacht für die Verschärfung von Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot und Sozialraub. Darüber stärkt sich das rechte nationalistische Klima und sichert so die Wiederherstellung und Neuformierung des gesellschaftlichen Konsens.

Mit vielfältigen Aktionen - Kampagnen gegen Lager, Sondergesetze und Zwangsverpflegung, Aktionen gegen Abschiebungen und Abschiebeknäste, beginnende Organisierung von Zuflucht und Kirchenasyl usw. - trägt eine Minderheit in dieser Gesellschaft dazu bei, diesen sexistischen, rassistischen, antisemitischen Konsens zu durchbrechen.

Unser Beitrag dazu:
In der Nacht des 12./13. Juni ließen wir unsere feurige Wut an diversen LKWs der Firma Weigl/MEIGO in Nürnberg und Meilitz/Gera aus.

MEIGO, WEIGL UND ALLE ANDEREN PROFITEURE: RAUS AUS DEM GESCHÄFT MIT GEFLÜCHTETEN MENSCHEN !!!

Wir unterstützen damit die Forderungen der geflüchteten Frauen und Männer:

"Wir wollen ein menschliches Leben"
"Abschaffung der Eßpakete und der Massenverpflegung, volle Auszahlung der Sozialhilfe"
"Bargeld statt Sachleistungen",
"Gegen die medizinische Unterversorgung - für die medizinische Gleichbehandlung Aller"
"Gegen getragene Kleidung - volle Sozialhilfe"
"Gegen die Zwangsarbeit - für die Aufhebung des Arbeitsverbots"
"Weg mit dem rassistischen Asylbewerberleistungsgesetz"
"Weg mit den Abschiebeknästen"
"Gegen die rassistischen Abschiebegesetze - für ein Bleiberecht für alle"



FÜR EIN EXISTENZRECHT ALLER AUSGEGRENZTEN,
JENSEITS VON PATRIARCHAL-KAPITALISTISCHEN
LEISTUNGS- UND VERWERTUNGSNORMEN
BLEIBERECHT FÜR ALLE GEFLÜCHTETEN FRAUEN, KINDER UND MÄNNER

Ein noch nicht abgeschlossenes Diskussionspapier vom 26. 4. 94

Legalisieren statt kriminalisieren !

Wir fordern weiterhin "Bleiberecht" und "Offene Grenzen für Alle", darin ist die Forderung nach Legalisierung enthalten.

Die Änderung des Asylrechts hat zu einer rasanten Zunahme von illegalisiert in der BRD lebenden Menschen geführt. Allein in Hamburg soll es nach Aussage der Innenbehörde 8.000 Flüchtlinge geben, die nach Ablehnung des Asylantrags untergetaucht sind. Die Anzahl der illegal Eingereisten, die keinen Asylantrag gestellt haben, die gar nicht bei der Ausländerbehörde aufgetaucht sind, weil sie keine Möglichkeit für einen legalen Aufenthaltsstatus sahen, geht in die Hunderttausende. Die Änderung des Ausländerrechts, das immer schon ein Migrationssteuerungsgesetz war, läßt aus angeworbenen und legal in der BRD lebenden MigrantInnen, bei Arbeitsplatzverlust, Inanspruchnahme von Sozialleistungen, politischer Betätigung usw. schnell Illegalisierte werden. Die illegal oder mit Touristenvisum eingereisten SaisonarbeiterInnen für die Landwirtschaft (Obsternte im Alten Land, Kohl in Dithmarschen usw.) aus Polen oder Rumänien; die polnischen Bauarbeiter in den entstehenden Büropalästen - selbst beim Innenausbau der Ausländerbehörde Amsinckstraße wurden polnische Bauarbeiter illegal beschäftigt -, genauso wie die AfrikanerInnen in den Gaststättenküchen und Putzkolonnen, die Frauen aus Asien oder Südamerika in den Bars und Bordellen müssen sie ständig mit Verhaftung und Abschiebung rechnen.

In der gesellschaftlichen Hierarchie bilden die Illegalisierten schon jetzt die unterste Schicht. Durch ihre Rechtlosigkeit sind sie gezwungen für billigste Löhne im Verborgenen zu arbeiten, illegalen Handel zu treiben oder von den Almosen Gutwilliger zu leben. So wird über das Ausländerrecht die Hierarchisierung und Ethnisierung der Gesellschaft vorangetrieben.

Die neuen entgarantierten Arbeitsplätze, die nach dem Modell der Reaganomics nun auch den deutschen Arbeitslosen (im Dienstleistungsbereich) versprochen werden, sind schon jetzt von den Illegalisierten besetzt. So wird die Konkurrenz um die miesesten Jobs verschärft und die Bedingungen für Lohndrückerei verbessert.

Die BRD als Teil der 1. Welt ist ursächlich verantwortlich für Flucht und Vertreibung in und aus der Peripherie, deshalb muß sie auch für die Ergebnisse ihrer Politik einstehen. Wer die türkische Armee bewaffnet, kann nicht so tun, als ob die Flüchtlinge aus Kurdistan nicht sein Problem sei!

Tatsächlich finden die großen Fluchtbewegungen in der 3.Welt statt, befinden sich die riesigen Flüchtlingslager in den ärmsten Ländern. Vor diesem Hintergrund ist das Gejammer "*was die Asylanten uns kosten*" pervers. Wenn es um den 100 000sten "deutschstämmigen Aussiedler" geht oder die Millionen DDR-BürgerInnen, die in der BRD scheinbar problemlos eingegliedert wurden, zeigten sich die Regierenden nicht so hilflos.

Die Mobilisierung der "Linken" und der liberalen Öffentlichkeit in den letzten Jahren richtete sich gegen die Asylgesetzänderung; es ging politisch um die Verteidigung des Asylrechts. Nach der faktischen Abschaffung des Asylrechts gibt es da nichts mehr zu verteidigen. Eine Neuorientierung unserer Politik ist notwendig geworden.

Diejenigen, die für Bleiberecht und offene Grenzen für alle eintreten, sind auch unter denen, die in den letzten Jahren gegen die staatliche Flüchtlings- und MigrantInnenpolitik mobilisiert werden konnten, eine kleine Minderheit geblieben. Die Mehrzahl, auch der "Linken" vertritt einen moralisch begründeten Antirassismus, der das nationalistische und soziale Selektionsprinzip an sich nicht in Frage stellt, das durch die Sondergesetze für MigrantInnen und Flüchtlinge exekutiert wird, sondern für Verbesserungen bestehender Gesetze und ihre wie auch immer humane Anwendung eintritt.

Legalitätsforderung, Bleiberecht, Offene Grenzen für Alle

Der technisch und personell hoch entwickelte staatliche Apparat zur Erfassung und Kontrolle der Bevölkerung und die weitgehende Akzeptanz dieser "Bürokratie" in der Bevölkerung, gibt der Kategorisierung von Menschen in Legale und Illegale in der BRD im Verhältnis zu anderen Ländern eine besondere Schärfe. Es geht darum, diese Kategorien selbst anzugreifen, mit denen Menschen vom Staat für völlig rechtlos bzw. einfach nicht vorhanden erklärt werden. Mit der "*Legalisieren statt kriminalisieren*" Kampagne wollen wir das Bestreben vieler Einzelner und Gruppen, die Einzelfallhilfe für Flüchtlinge leisten, zu einer politischen Bewegung zusammenfassen.

Die Legalisierungforderung zielt in Richtung Egalität. Wir fordern "*Gleiche Rechte für Alle*".

Wir haben die Hoffnung, daß eine Legalisierungskampagne die Möglichkeit bietet, Organisationen wie Gewerkschaften, Kirchen usw einzubinden. Ein Vorschlag ist , Schulen, Krankenhäuser etc. dazu aufzurufen, alle Hilfspolizistenfunktionen in Sachen "Aufenthaltsrecht" zu verweigern.

Die Kampagne "*Legalisieren statt kriminalisieren*" soll gerade im Superwahljahr einen Kontrapunkt zur Propagierung der Angst vor Illegalen und Kriminellen setzen, die von den Herrschenden wider alle Fakten zur Loyalitätssicherung eingesetzt wird.

Alle Flüchtlinge und MigrantInnen haben einen berechtigten Anspruch zum "Hiersein".

Strukturkrise - Kapitalismus im Umbruch

Die BRD-Gesetze kennen nur politische Flüchtlinge. Anderen Flüchtlingen wird die Berechtigung für ihre Flucht abgesprochen. Tatsächlich sind die Fluchtgründe aber vielfältig.

Die Absatzkrise und der weltweite Umstrukturierungsprozeß des Kapitals setzen Massen an Arbeitskräften frei. In Osteuropa sind es Millionen, die infolge der Krise des Staatskapitalismus ihren Arbeitsplatz verloren haben. An den Rändern der Metropolen findet die Vernichtung von Kapital und Arbeitsplätzen um den und im EU-Raum zur Zeit ihren stärksten Ausdruck in Ex-Jugoslawien, Albanien, Italien, Spanien und Portugal. Zu den aktuellen Verlierern gehören aber vor allem Schwellenländer, die versucht haben, eine eigene Nationalökonomie, einen nationalen Markt zu entwickeln. Der disproportionale Aufbau von Industrien in der "nachholenden kapitalistischen Entwicklung" führte [illegible] überall zur Vernachlässigung der Landwirtschaft. Jetzt, wo diese Länder durch IWF und Weltbank für den Weltmarkt geöffnet werden, wird den in den 50er bis 70er Jahren entstandenen Industrien der Todesstoß versetzt (u. a. Algerien, Ägypten, Nigeria usw: Eisenerzeugung, Maschinenbau, Raffinerien usw.). Arbeitslosigkeit von 30% bis 50% der arbeitsfähigen Bevölkerung wird zur unerträglichen Normalität.

Der Preisverfall bei Rohstoffen (von 1980 bis 1993 um die Hälfte) bedeutet für diese Länder und für die, die nur als reine Rohstofflieferanten auf dem Weltmarkt zugelassen waren, einen Exportverlust von jährlich 100 Mrd Dollar. Dazu kommt die sogenannte Schuldenkrise, das Abpressen von jährlich 100 Mrd. Dollar Zinsen. Dies sind die entscheidenden Ursachen für die Verelendung. Die Flucht aus diesen Verhältnissen ist nur zu natürlich. Die Korruption der einheimischen Eliten, der staatliche Terror beschleunigt die Fluchtbewegungen. Gegen diese von ihr verursachten Fluchtbewegungen schirmt sich die 1.Welt erfolgreich ab.. Tatsächlich bleiben die Flüchtlingsmassen in der 3. Welt. Nur sehr wenigen Flüchtlingen gelingt es, in die Metropolen vorzudringen.

Zerstörung von Subsistenzwirtschaften, Expropriation der Kleinbauern

Unabhängig von der kapitalistischen Krise findet weiter die gewaltsame Vertreibung von Kleinbauern statt. Der NATO-Partner Türkei führt uns diesen Prozeß in Kurdistan in aller Eindringlichkeit vor. Aber auch weniger brutale Methoden als Bombardements von Dörfern, Flammenwerfereinsätze in Kleinstädten und Panzerangriffe auf DemonstrantInnen führen zur Vertreibung der Landbevölkerung. Seit Jahren finanziert die Weltbank Staudammprojekte im Trikont (Niger/ Afrika, Namara/Indien usw.) die Millionen von Kleinbauern von ihren Feldern vertreibt. Für die nächsten 7 Jahre hat die Weltbank Staudämme in Planung, die nach Eigenangaben 2 Millionen Menschen vertreiben werden. Allein die Verwirklichung aller geplanten Staudammprojekte wird bis zum Jahr 2000 20 Millionen Menschen aus ihren angestammten Lebensräumen verdrängen.

Fluchtgründe bleiben

Ein weiterer Fluchtgrund für Kleinbauern und Hirten ist die Verminung weiter Landstriche. In Angola z.B., das sich vor dem Bürgerkrieg problemlos selbst ernähren konnte, ist die Landbevölkerung vor dem Krieg in die Städte geflohen und kann nicht mehr zurück aufs Land, da die Felder und Weiden flächendeckend vermint sind. "*Etwa 200 Millionen nicht entschärfte Landminen*" (*Spiegel* 4. 4. 94) weltweit, sind ein Ergebnis des Rüstungsbooms in den Metropolen. Noch immer werden 10 Millionen jährlich verkauft, die Anzahl neuer Flüchtlinge, die dadurch entstehen, wird nirgendwo quantifiziert.

Immer mehr Bevölkerungsgruppen finden überhaupt keinen festen Wohnsitz mehr, sie sind von ihrem Land vertrieben, dürfen sich nirgendwo ansiedeln, bekommen keine Zuzugsberechtigung für die Städte und leben als Wanderarbeiter (10 Mio. in China, 1 Mio. in Mexiko, Nicaragua usw.) permanent in extrem ungesicherten Verhältnissen. Ohne Behausung, Eigentum und öffentliche Fürsorge läßt sie ihre Armut zu jedem Strohhalm greifen, der das Überleben verspricht.

Degenerierender Spätkapitalismus

Die Versuche von Multis, staatlichen Entwicklungsorganisationen und ihren transnationalen Agenten (Weltbank), die 3. Welt in kapitalistische Gesellschaften zu verwandeln (grüne Revolution, Automobilisierung, Industrialisierung), sind gescheitert. Jedoch sind kapitalistische Enklaven, wie Bangkok oder Sao Paulo entstanden. In diese ziehen nun die Landlosen und



Armen in der Hoffnung auf Teilhabe am Kapitalismus. Aber ihre Hoffnungen können sich nicht erfüllen, denn die Widersprüchlichkeit des Amortisationsprozesses, der tendenzielle Fall der Profitrate, zwingt zur Investition in fixes Kapital und zur Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen. Obwohl die Weltbevölkerung ständig wächst, weitet sich seit den 70er Jahren die Lohnarbeit nicht mehr aus. Im Gegenteil, sie schrumpft weltweit und somit schrumpft sie als gesellschaftliches System. Immer größere Landstriche werden entvölkert. Die Wüste breitet sich aus.

Innere Sicherheit - sozialtechnokratischer Autoritarismus

Vor uns steigt die "neue postmoderne Herrschaftsform" aus den Trümmern des Kalten Krieges. Zur Durchsetzung der Neuen Weltordnung in der BRD installieren die Herrschenden hier das "System der Inneren Sicherheit". So, wie "am preußischen Wesen

Deutschland genesen", so wird der BRD-Apparat zur Produktion der Inneren Sicherheit auf EU-Europa übertragen. Im Krieg gegen die MigrantInnen ist die Vorfeldverteidigung bis nach Zentralasien hinein verlegt. Den Sitz im UN Sicherheitsrat muß die BRD-Regierung anstreben, um als Weltpolizist ganz vorn dabei zu sein. Ohne deutsche Beteiligung kann die Neue Weltordnung nicht entstehen. Die Institutionen der Neuen Weltordnung sind ohne jegliche demokratische Legitimation und Kontrolle. Deren Konzept der abgestuften Sicherheitszonen soll die neue Weltmarktordnung, das Diktat von Weltbank und IWF, absichern. Der Umstrukturierung der staatlichen Gewaltapparate weltweit entspricht die



Umstrukturierung der Herrschaftsapparate in der EU. Der vereinheitlichte Polizeiapparat wird bis an die Außengrenzen der Europäischen Union ausgedehnt. Für den BGS im Osten bedeutet das kilometertiefe Auffangsyteme entlang der Grenze und das Einbeziehen der Anliegerstaaten ins Verteidigungssystem gegen Flüchtlinge. Im Inland wird die Polizeidichte nach dem Konzept der abgestuften Sicherheit, von Hochsicherheitsbereichen wie ihn die Sicherungsgruppe Bonn installiert, bis zur Grundüberwachung differenziert.

Mit dem Ausbau des Verfolgungsapparates, der Zunahme polizeilicher Maßnahmen, dem Aufbau von speziellen Abschiebeknästen erhöht der Staat den Druck gegen die Illegalisierten. Der Bullenapparat hat seine Taktik in den letzten Jahren geändert. Nicht mehr die flächendeckende Kontrolle des öffentlichen Raums steht im Vordergrund, sondern eine Ausrichtung gegen spezifische soziale Gruppen fand statt. Auffällige Beispiele dafür sind in Hamburg das Vorgehen gegen die Roma im Karoviertel, die jungen Türken in Wilhelmsburg und die jungen Schwarzen. Das *Verbrechensbekämfungsgesetz 94* scheint extra gegen solche sozialen Gruppen gemacht zu sein. Aktuell wurde in Hamburg mit dem Aufbau des LKA 24 extra eine Fahndungsgruppe zum Aufspüren von Illegalen aufgebaut. Die Sondereinsatzkommandos der Polizei führen Razzien in Flüchtlingsunterkünften und an Treffpunkten von Ausländern durch. Sie sind nur der spektakulärste und medienwirksamste Ausdruck dieser Politik. Nöch werden diese Angriffe mit dem Verdacht auf Rauschgifthandel oder Fahrraddiebstahl legitimiert, jedoch schon morgen können "die Illegalen als solche" als allgemeine Bedrohung der Öffentlichkeit präsentiert werden. Schon heute werden Flüchtlinge und MigrantInnen ohne Aufenthaltsstatus zu Kriminellen deklariert.

Polizei, Justiz, Ausländerbehörde und Sozialämter arbeiten zusammen bei der Kontrolle und Unterdrückung von AusländerInnen und der Abschiebung der Unerwünschten. "*100 Millionen Daten von 10 Millionen Menschen* (nichtdeutscher Herkunft) *waren im Ausländerzentralregister (AZR) schon 1987 gespeichert, bei damals 4,6 Millionen AusländerInnen. ... Seit 1983 wird AZR mit On-Line - Anschlüssen betrieben*" (*off limits* Nr. 3 S. 23)

Für die BRD scheint der Kampf des Staates um die Kontrolle über die Massen zugunsten des Staats entschieden zu sein. Jedenfalls sollte sich niemand der Hoffnung hingeben, daß der BRD-Kontrollapparat sich als genauso wirkungslos wie die Stasi erweist.

Um die Politik des "starken Staates" (Autoritarismus) und den Abbau demokratischer Rechte weiter vorantreiben zu können, benutzen die Herrschenden die illegalisierten Flüchtlinge für ihre Propaganda. Diese rassistische Kampagne zielt neben der Kriminalisierung von MigrantInnen - sie können austauschbar sein - auch darauf ab, eine breite Akzeptanz für bereits eingeführte und noch geplante Maßnahmen, Technologien und "Kompetenzerweiterungen" in puncto Erfassung und Kontrolle durch Polizei und Behörden zu schaffen.

Die Illegalisierten werden im sich verschlechternden innenpolitischen Klima zum neuen Feindbild aufgebaut, gegen das sich die deutsche Volksgemeinschaft formieren soll. Ideologisch getragen wird die Kampagne zur Inneren Sicherheit von Begriffen wie "*Ausländerkriminalität*", "*gewaltbereiten Kurden*", "*organisierte Kriminalität von Ausländern*". Praktisch wird jeden Monat eine neue polnische, kirgisische usw. Mafia medienwirksam aus dem Hut gezaubert.

Die Forderung nach "***Legalisieren statt kriminalisieren***" befreit uns nicht von der Aufgabe der Unterstützung der Illegalisierten.

Wir schlagen eine Kampagne zur **Legalisierung von Illegalisierten** vor. Diese kann Teil unserer Debatten und Politik zu Innerer Sicherheit, Abbau von Bürgerrechten, Arbeitsplätzen, Sozialabbau usw. werden.

Es erscheint uns wichtig, in die Diskussion einer solchen Kampagne die Betroffenen selbst miteinzubeziehen, das Eigenständige in der Situation von Illegalisierten zu akzeptieren, ihre Perspektiven und Interessen zu berücksichtigen und die Selbstorganisierung dieses Kampfes zu unterstützen.

Wir fordern euch auf, diskutiert in euren Zusammenhängen !

Spenden (steuerabzugsfähig):
"Flüchtlingsfond"
Hamburger Arbeitskreis
Postscheckamt Hamburg
Kontonummer 621 976 - 209

Antirassistisches Telefon 040 / 43 15 87
Fax 040 / 430 44 90

LEGALITÄT FORDERN - ILLEGALITÄT ORGANISIEREN

KEIN BITBURG UNTER DEN LINDEN!

Keine Anerkennung der Kranzabwurfstelle Neue Wache!

Am 12. Juli wird sich der Präsident der USA, Bill Clinton, als Staatsgast in Berlin aufhalten. Ein Kranzabwurf in der im November 1993 eröffneten Neuen Wache, der »Zentralen Gedenkstätte für die Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft«, gehört mittlerweile zum Bestandteil des Protokolls bei Staatsbesuchen. Die Neue Wache steht für die Gleichsetzung der Täter und Opfer des Nationalsozialismus. Die in Deutschland betriebene Politik der Verdrängung und Relativierung der Verbrechen des Nazi-Regimes findet hier an herausgehobener Stelle ihren Ausdruck. Diese Politik soll international anerkannt werden. Nach dem Besuch des norwegischen Königs im April 94 würde Bill Clinton der nächste Staatsgast sein, der die Neue Wache anerkennt.

In Bitburg reichten sich am 5.Mai 1985, zum 40.Jahrestag der Befreiung vom Faschismus, Bundeskanzler Kohl und der damalige US-Präsident Reagan über den Gräbern von SS-Soldaten die Hände zur Versöhnung. Wird es am 12.Juli 94 ein Bitburg Unter den Linden geben?

»Vor dieser ›Gedenkstätte‹ Andacht und Weihe? Nein und abermals Nein! Wohl aber Trauer, Wut und der Schwur: ›No pasaran‹ – damit, falsche Sinnstifter, werdet ihr nicht durchkommen! Die wahren Opfer Hitlerdeutschlands, seines Angriffskrieges und seiner Gewaltherrschaft, werden einen längeren Atem haben als die Geschichtsequilibristen der Kohlschen Legislaturperioden.«

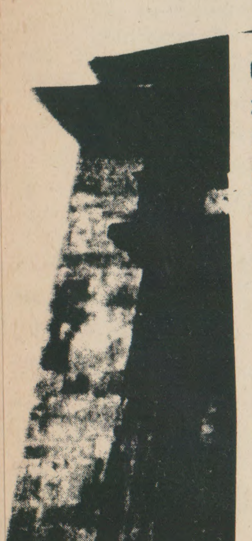
(Ralph Giordano, in: DAS 19.11.93)

12.7.: Clinton in der Neuen Wache?!

Bewußt versucht Bill Clinton, bei seinem Deutschlandbesuch in die Fußstapfen Ronald Reagans zu treten. So wie sein Vorgänger will er am Brandenburger Tor eine Rede halten. Mit einem Kranzabwurf in der Neuen Wache würde er Reagan schließlich auch in puncto Bitburg folgen. Die Neue Wache ist das Symbol für Geschichtsrevisionismus und die Politik des Schlußstrichs. Bill Clinton muß deutlich gemacht werden, daß er mit einem solchen Schritt lediglich die Nation der Täter ehren würde. Das Land also, das aktuell von Rassismus und Antisemitismus geprägt ist und das sich außenpolitisch aufmacht, unbelastet von der faschistischen Vergangenheit wieder Weltpolitik zu betreiben.

Jede Form der Anerkennung der Neuen Wache ist ein Skandal – eine Verhöhnung der Opfer des Nationalsozialismus. Wir fordern Clinton deshalb auf, dort keinen Kranz niederzulegen. Die Neue Wache ist kein Ort des Gedenkens – weder an die Opfer Nazideutschlands, seines Angriffskrieges und seiner Vernichtungsmaschinerie, noch an jene, die im Kampf gegen den Nationalsozialismus gefallen sind. Statt mit einem solchen Akt die Opfer zu verhöhnen und die faschistischen Täter zu ehren, fordern wir ihn auf, mit einem Besuch in einer KZ-Gedenkstätte wie Ravensbrück ein sichtbares Zeichen zu setzen.

Kein Bitburg Unter den Linden! Deutsche Täter sind keine Opfer!



Greift ein! Meldet Euch zu Wort! Protestiert z.B. bei der US-amerikanischen Botschaft in Bonn und der Außenstelle in Berlin gegen den geplanten Kranzabwurf Bill Clintons in der Neuen Wache: Botschaft der USA (Bonn), Tel.: 0228 3391, fax: 0228 33 91 2663, Außenstelle Berlin, Tel.: 030 238 51 74 fax: 030 238 62 14

AntifaschistInnen gegen die Neue Wache
c/o Antirassistische Initiative
Yorckstr.59, HH, 10965 Berlin

Infobüro Neue Wache / Clinton:
Tel.: 030 786 59 17 fax: 030 [illegible]
nur freitags 18 bis 20 Uhr

Deutsche Täter sind keine Opfer

Ein Denkmal des Militarismus und Nationalismus



Die Neue Wache war von Anfang an ein nationalistisches Denkmal der Ehrung der »heldenhaften Opfer« des deutschen soldatischen Mannes in Zeiten der politischen Restauration. Erbaut nach dem Sie über Napoleon, sollte hier das preußische Militär geehrt werden, war hier zwischen 1818 und 1919 die Wache für den Monarchen. Bürgerliche Revolutionäre von 1848 wurden hier inhaftiert. Von der Neuen Wache wurde 1914 die Mobilmachung für den Ersten Weltkrieg telegraphiert. 1931 wurde dann der »Gefallen des Weltkrieges« gedacht. Die Neue Wache war so schon Ausdruck der Verdrängung und des Abstreitens der Verantwortung für den 1. Weltkrieg.

Im Nationalsozialismus war die Neue Wache das »Ehrenmal deutschen heldischen Sterbens«. Am 25.2.1935 war im »Völkischen Beobachter« zu lesen: »Während die Truppenabordnungen unter Gewehr treten, begibt sich der Führer mit seiner Begleitung in das Ehrenmal, um dort einen riesigen, von zwei Offizieren getragenen Lorbeerkranz niederzulegen. Die Fahnen senken sich, und wieder klingt bei diesem feierlichen Akt das Lied vom Guten Kameraden auf. In der Zeit, wo der Führer im Ehrenmal deutschen heldischen Sterbens verweilt, steht die Menge stumm ergriffen, die Hand zum Deutschen Gruß erhoben.«

In den letzten Kriegstagen wurde die Neue Wache schwer beschädigt. Statt den Vorschlag der FDJ aufzugreifen, sie endlich abzureißen, nutzte auch die DDR sie als Ort nationaler Identitätsstiftung. 1961 wurde sie zum »Mahnmal für die Opfer von Faschismus und Militarismus«. *»Die Gräber bargen Urnen mit der Asche eines unbekannten deutschen Widerstandskämpfers und eines unbekannten deutschen Soldatens sowie Erdbeigaben aus neun Konzentrationslagern und von neun Schlachtfeldern des Zweiten Weltkrieges. Die hier offensichtliche Gleichsetzung steht für eine pauschale Versöhnung dieser Opfergruppen, während andere ausgeklammert bleiben. Die Sinnstiftung bezog sich also weniger auf das Gedenken an die getöteten Widerstandskämpfer. Ich sehe sie vielmehr in einem Angebot, die Überlebenden von ihrer individuellen Mitverantwortung für die ungeheuerlichen Verbrechen des Faschismus zu entlasten.«* (Birgit Spies, Aus einem unabgeschlossenem Kapitel, in: Irrgarten deutscher Geschichte 1993)

Seit dem 14. November 1993, dem sogenannten Volkstrauertag, müssen sich staatliche Repräsentanten nicht auf abgelegene Friedhöfe begeben, um nationalen Sinn zu stiften. Dafür gibt es jetzt die Zentrale Gedenkstätte Unter den Linden. Auf zwei angebrachten Zusatztafeln werden die verschiedenen Opfergruppen und die Geschichte des Baues dokumentiert. Die Anbringung dieser Tafeln wurde als Zugeständnis an die KritikerInnen dargestellt, doch beide Tafeln verschlimmern den Skandal. Während in der ersten Tafel die Opfer vermengt und gleichgestellt werden und Täter gar nicht erst auftauchen, fehlt auf der Geschichtstafel der Nationalsozialismus sogar völlig. Sie sind damit gußeiserne Dokumente der Verdrängung, Relativierung und Revision der deutschen Geschichte. Wohin die Reise geht, zeigt der Plan des Berliner Senats, die Standbilder der preußischen Feldherren Scharnhorst und Bülow wieder vor der Neuen Wache aufzustellen.

Proteste gegen die Neue Wache

»Für unser Empfinden ist es undenkbar, der Opfer, die durch den NS-Unrechtsstaat und seiner grausamen Todesmaschinerie ermordet wurden, nur weil sie Juden waren, in einem Atemzug mit den Opfern der Weltkriege zu gedenken, von denen ein Teil diese Maschinerie bediente.«
Resolution der Repräsentantenversammlung der Jüdischen Gemeinde in Berlin

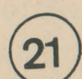
Am 9.11.1993, dem 55. Jahrestag des Novemberpogroms gegen JüdInnen und Juden, wurde die Neue Wache von einer Gruppe AntifaschistInnen besetzt, die sich im Eingang der Neuen Wache angekettet hatten. Nach zwei Stunden wurden sie auf Anordnung des Bundesinnenministeriums durch einen brutalen Polizeieinsatz geräumt.

»Für uns ist und bleibt Auschwitz die nationale Gedenkstätte der Bundesrepublik.« Gisela Wiese, Pax Christi, Gruppe Hamburg

»Wie die Mörder und Brandstifter der Gegenwart verständnisvoll als Opfer der Umstände, nämlich als Opfer der ›Asylantenschwemme‹, der ›Überfremdung‹ und des ›Identitätsverlustes‹ umsorgt werden, so wird das Erinnerungszeremoniell an diesem Platz die Täter von gestern als Opfer in ein Gedächtnis einschließen, das keines mehr ist.«
Eike Geisel

»Anschlag auf das Gedenken.« Ralph Giordano

»Wir betrachten es als eine skandalöse Verhöhnung der Millionen vom Nazi-Faschismus Ermordeten.«
Peter Gingold, Sprecher der VVN/BdA



Von Bitburg zur Neuen Wache

Bitburg und die Neue Wache sind zwei Wegmarken des Projektes der nationalen Sinnstiftung in Deutschland: Sie beinhalten jeweils die staatliche Ehrung von SS-Schergen und drücken die Absicht aus, die Verbrechen des Nationalsozialismus zu relativieren. »Jeder Versuch, sich die Geschichte national anzueignen, wird sich am Ereignis Auschwitz stoßen müssen. Im Historisierungsversuch des Holocaust, seiner Entsingularisierung, wird die Sehnsucht nach Normalität auf ihren Begriff gebracht.« (Dan Diner.1986) Der – selbst in der konservativen US-Administration umstrittene – Auftritt in Bitburg löste 1985 heftige Proteste im In- und Ausland aus. Der ebenfalls auf dem Programm stehende Besuch des Präsidenten im ehemaligen KZ Bergen-Belsen wurde in diesem Zusammenhang als eine unerträgliche Gleichsetzung von Opfern mit Tätern kritisiert.

In Bitburg war es noch das Ziel, den Zweiten Weltkrieg als normalen Krieg erscheinen zu lassen. Hierzu mußte die Vernichtung der deutschen und europäischen Jüdinnen und Juden, die erst im Zuge der militärischen Okkupation West- und Osteuropas möglich wurde, und die offenkundige Verwicklung der Wehrmacht in dieses Verbrechen ausgeblendet werden. Durch die Versöhnungsgeste der einstigen Kriegsgegner und jetzigen Verbündeten, sollte gleichzeitig der Vernichtungsfeldzug der Wehrmacht gegen die Sowjetunion im nachhinein legitimiert und Deutschland auf die Seite der »Sieger« geschmuggelt werden. In der Berliner Gedenkstätte wird noch einen Schritt weiter gegangen: Die Vorstellung, daß es deutsche Täter gab, ist vollständig ausgeblendet. Statt dessen werden unterschiedslos Opfer präsentiert, und die Gruppen der Verfolgten des Nationalsozialismus nur noch erwähnt, um diejenigen, die sie verfolgten, als gleichwertige Opfer hinzustellen. In Bitburg war das gemeinsame Ziel, das gebrochene Verhältnis zur deutschen Nation zu kitten, nur unter Ausschluß der Opfer der Massenvernichtung erreichbar. Dasselbe scheint mittlerweile, indem sie mit den Mördern und Henkern, den Wehrmachtsoldaten und Bombenopfern gleichgesetzt werden, in der Neuen Wache unter Einschluß der Opfer möglich.

»Auch die Toten werden vor dem Feind, wenn er siegt, nicht sicher sein. Und dieser Feind hat zu siegen nicht aufgehört.« (aus: W. Benjamin: Über den Begriff der Geschichte, 6. These)

Normalität in Deutschland

Sowohl Bitburg als auch die Neue Wache stehen für den deutschen Wunsch, endlich als ein normales Land anerkannt zu werden. Diese Normalität läßt sich, wie gezeigt, nur unter Ausblendung der Millionen Opfer des Holocausts, des Nationalsozialismus insgesamt, erreichen. Wohin in Deutschland nationale Sinnstiftung offensichtlich jedesmal führt, worin in diesem Land Normalität besteht, kann mensch täglich der Zeitung entnehmen: Im Jahre 5 nach dem Ende der Zweistaatlichkeit markieren Namen wie Hoyerswerda, Mannheim, Rostock und Magdeburg Orte neuerlicher Pogrome. Städte wie Mölln und Solingen stehen für rassistische Mordanschläge, auf die KZ-Gedenkstätten Ravensbrück und Sachsenhausen wurden Brandanschläge verübt und in Lübeck brannte zum ersten Mal seit 1938 eine Synagoge. Die Zahl rassistischer Überfälle geht in die Zehntausende, über 80 Menschen wurden bislang von deutschen Neofaschisten ermordet, schließlich wurden seit 1990 bereits mehr jüdische Friedhöfe geschändet als in den Jahren vor der Machtübergabe an die NSDAP. Im Prozeß der deutschen Nationbildung sind Rassismus und Antisemitismus offensichtlich wieder entscheidende konstituierende und identitätsstiftende Momente.

Wenn für die ganze Gesellschaft eine Rechtsverschiebung festzustellen ist, darf auch staatliche Ausgrenzungs- und Diskriminierungspolitik nicht unerwähnt bleiben. Mit der de facto-Abschaffung des Asylgrundrechts machte die Regierungskoalition gemeinsam mit der größten Oppositionspartei das wahr, was die braunen Brandstifter wollen. Roma und Sinti – die niemals eine Entschädigung für die Verfolgung durch den Nationalsozialismus erhielten – werden mittels bilateraler Abkommen aus Deutschland heraus in Länder abgeschoben, in denen sie Pogrome, Hunger oder Krieg erwarten. Wir fordern die Aufhebung der Abschiebeabkommen und Entschädigung für Sinti und Roma und alle anderen »vergessenen« Opfer des NS! Während die Gedenkstätte Auschwitz verfällt, weil die Bundesregierung keine Unterstützung leistet, werden augenblicklich die KZ-Gedenkstätten in Deutschland selbst massiv umgestaltet. Dort soll nun nicht mehr an die Opfer des KZ-Systems erinnert werden, sondern gleichermaßen an die Insassen der Nachkriegs-Internierungslager, von denen die Mehrzahl Nazis waren. Wir fordern daher die bedingungslose Bereitstellung der zum Erhalt von Auschwitz und anderen KZ-Gedenkstätten notwendigen Mittel durch die Bundesregierung, und den sofortigen Stop der genannten »Umgestaltung«! Nach höchstrichterlicher Rechtssprechung ist z.Zt. jede öffentliche Leugnung von Auschwitz keine Volksverhetzung, so sich dabei nicht direkt auf die NS-Ideologie berufen wird. Es war der Bitburg-Kanzler, der sagte, daß er sich nicht vom jüdischen Weltkongreß in die »Wiedervereinigung« hineinreden lassen wolle.

Der neue Bundespräsident, Roman Herzog, verdeutlicht in seiner Person den Zusammenhang zwischen Revision der Geschichte und rassistischen Auffassungen: Nachdem er am 14 November 1993 die Neue Wache miteröffnet hat, glänzte er während seiner Wahl gleichermaßen mit der Aussage, die Teilung Deutschlands an der Elbe sei »zufällig« zustandegekommen und mit seiner Ablehnung einer doppelten Staatsbürgerschaft für in Deutschland lebende MigrantInnen

Am 14.11.93 demonstrierten vormittags rund 800 AntifaschistInnen und Antifaschisten mit einem alternativen Gedenkrundgang, zu dem das Aktive Museum aufgerufen hatte. Umfangreiche Sicherheitsmaßnahmen zur offiziellen Eröffnung sollten Kritik und Proteste unterdrücken. Von über 800 Polizisten ließen sich zahlreiche AntifaschistInnen vor der Neuen Wache nicht einschüchtern. Alle Transparente wurden gewaltsam entrissen und Protestierende vor den Augen der internationalen Presse verprügelt. Dennoch waren die Protestrufe »Deutsche Täter sind keine Opfer!« unüberhörbar zu vernehmen.

»Deutschland ist und bleibt vor der Weltgeschichte primär das Land der Täter, das heißt, die Nation, die für zwei Weltkriege und dem fabrikmäßig betriebenen Völkermord verantwortlich ist. Wir können uns nicht über ein Opfer-Mahnmal in die Gemeinschaft der Nationen hineinschummeln, die von Deutschland überfallen und erobert wurden.«

Christine Fischer-Defoy, Aktives Museum

Zwei Tage nach der Einweihung macht eine Hochschuldemonstration von rund 1000 StudentInnen vor der Neuen Wache halt und protestierte gegen sie. Panikartig wurde die am selben Tag für die Öffentlichkeit erstmals zugängliche Neue Wache verriegelt.

Bereits bei dem kurzfristig bekanntgewordenen Staatsbesuch des norwegischen Königs im April 94 kam es vor dem norwegischen Generalkonsulat in Berlin, sowie während der Kranzniederlegung zu spontanen Protestaktionen.

»Will man so ›aus dem Schatten von Auschwitz‹ heraustreten, um unbelastet von der faschistischen Vergangenheit ›Weltpolitik‹ zu betreiben?«

Wolfgang Wipperman, Historiker

Scheiß Sektierer!!!



Das "Anti-Nazi-Bündnis-Berlin"

Wir sehen uns gezwungen, aus gegebenem Anlaß einige klare Worte zum sog. "Anti-Nazi-Bündnis-Berlin" zu verlieren. Hintergrund des ganzen ist eine Veranstaltung der "Jungen Eurpäischen Bewegung e.V.", die am 09.06.1994 an der Humboldt-Universität hätte stattfinden sollen.
Seit einigen Wochen ist zu beobachten, daß sich ein obskures "Anti-Nazi-Bündnis-Berlin" - auch unter dem dummdreisten Kürzel "Antifa-Berlin" aktiv - in geradezu widerwärtiger Art und Weise zu profilieren sucht. Dieses "Bündnis" wird von Mitgliedern autoritärer Splittergruppen dominiert, allen voran der "SAG" (Sozialist. Arbeitergruppe), deren an blindem Aktionismus kaum zu überbietende "Marsch zum Olympiastadion"-Spalterei versus "antifaschist. Selbstschutz"-Konsens einigen aus Länderspieltagen noch bekannt sein dürfte. Jedenfalls scheint diese Gruppe ihre vermeintlich an mangelnder Attraktivität kränkelnde dogmatische Parteiprogrammatik durch die "populistisch" eingesetzte "Anti-Nazi-Schiene" kompensieren zu wollen. Symptomatisch jedoch der konsequent hierachisch begonnene Aufbau des "Bündnisses", aus dem dann ganz folgerichtig die PDS/ Antifajugendfront-VertreterInnen unter massiver Kritik wieder ausscheren.
Im allgemeinen geht uns derartig plumpe Politsektiererei ziemlich meilenweit am Arsch vorbei; etwas ganz anderes ist es jedoch, daß diese ominöse Gruppierung, die ja aus guten Gründen jedwede gewachsene, lokale Antifastruktur wie der Teufel das Weihwasser meidet, unsere Arbeit massiv zu behindern beginnt:
Die Veranstaltung der "Jungen Europäischen Bewegung" sollte ursprünglich als Podiumsstreitgespräch mit einem Vertreter der "Republikaner" stattfinden. Wir haben bei der Universitätsleitung deswegen interveniert, aus dem hinreichend bekannten Umstand heraus, daß es mittlerweile selbst den Rechtsparteien ansatzweise eingegangen ist, daß die "Reps" eine neonazistische Partei sind. Daraufhin wurde statt des Redners der "Republikaner" ein Vertreter des "Bund freier Bürger" eingeladen. Wir hielten diese Einladung für problematisch. Nach Gesprächen mit dem Veranstalter und der Pressestelle der HUB verständigten wir uns darauf, daß dieses Podium dazu dienen könne, durch Fakten aus Tätigkeit und Programmatik des "BfB" das Auditorium über den eigentlichen Charakter der sog. D-Mark-Partei aufzuklären, zumal dem eingeladenen Vertreter, Herrn Tietze, nicht gerade der Ruf des brillianten Rhetorikers vorauseilt. Das Antifa-Referat hatte sich auf eine inhaltliche Auseinandersetung vorbereitet, entsprechende Materialien für das Auditorium lagen bereit. Parallel dazu versuchten Mitglieder des "Anti-Nazi-Bündnis-Berlin" die Pressestelle massiv unter Druck zu setzen, die Veranstaltung abzusagen. Zwischen diesem "Bündnis" und dem Antifa-Referat der HUB bestehen weder personelle noch organisatorische Verflechtungen. Wir boten diesem "Bündnis", nachdem wir zufällig von dessen Aktivitäten erfahren hatten, eine Verständigung über ein gemeinsames Vorgehen an. Dazu gab es klare Absprachen. Diese wurden von dem "Bündnis" nicht eingehalten. Im Gegenteil, statt einer demokratischen Entscheidungsfindung wurden wir vor vollendete Tatsachen gestellt. So war vereinbart worden, daß ein Flugblattentwurf auf dem Plenum des Antifa-Referats diskutiert werden sollte. Stattdessen wurde uns ein fertiges Flugblatt mit bewußten Fehlinformationen vorgelegt, das bereits in hoher Stückzahl verteilt worden war. Dem Inhalte dieses Flugblatts nach konnte der Eindruck entstehen, daß an der HUB ein komplettes Nazitreffen stattfinden würde. Durch derart totalitäres Dominanzverhalten, jeglichem antifaschistischen Grundverständnis hohnsprechend, war uns jede Möglichkeit genommen, angemessen zu und auf dieser Veranstaltung zu reagieren.
Entgegen den plumpen Unterstellungen der bei uns vorstellig gewordenen Vertreter (?) dieses "Bündnisses" sind wir nicht der Meinung, daß mensch mit ausgewiesenen Faschisten diskutieren soll. Wir halten es aber für einen wesentlichen Bestandteil antifaschistischerArbeit, aufklärend in der Gesellschaft zu wirken. Die Chance, dieses Podium hierfür zu nutzen, wurde durch das Verhalten der genannten Gruppierung zunichte gemacht. Wir wollten diesesmal bewußt nicht das konservative Feindbild vom parolenschreienden Vermummten bedienen,

Antifaschismus wird von einem breiten Spektrum getragen und kann auch, zumal an einer Uni, über den Diskurs vermittelt werden.
Wenn den "Machern" dieses "Bündnisses" der Antifaschismus wirklich so wichtig ist, so muß mensch sich doch fragen, warum sie bewußt versuchen, Gegen- bzw. Konkurrenzstrukturen zu den bereits existierenden zu schaffen, warum sie uns ganz bewußt "über den Tisch ziehen" wollten.
Sie erdreisten sich ernsthaft, uns über Antifa-Arbeit belehren zu wollen; sicherlich, keinEr von uns ist perfekt, wir alle können und müssen noch viel lernen. Aber jemand der O-Ton erklärt "Diese ganze blöde Rassismusdiskussion brauchen wir nicht, wir wollen hier und jetzt was gegen Nazis machen" hat sich selbst disqualifiziert und in antifaschistischen Strukturen nichts zu suchen!
Isoliert diese Idioten, bevor sie noch mehr Unheil anrichten und ihnen noch mehr Menschen, die sich antifaschistisch engagieren wollen, auf den Leim gehen!!!

Und tschüß

HUMMEL Antifa

KEINE SCHOKOLADE FÜR DIE INTERIM !

Wir finden die Art BESCHISSEN, wie Ihr unser Flugblatt "Kein Bitburg unter den Linden" gegen den geplanten Kranzabwurf von US-Präsident Clinton am 12.7.1994 an der Neuen Wache *zensiert* habt (Interim vom 16.6.1993).

Ihr habt das Flugblatt sinnentstellend verkürzt abgedruckt und Euch darüber lustig gemacht ("Greift ein - freitags von 18 - 20 Uhr"). Es ist Eure Sache, unser Anliegen für unwichtig zu halten - dann packt unser Flugblatt in den Ordner. Ihr könnt auch Kritik an dem Flugblatt üben - dann schreibt einen Kommentar dazu, der als solcher gekennzeichnet ist. Seit wann hat sich das Selbstverständnis der Interim dahingehend geändert, daß die Redaktion sich Verkürzungen, Verfälschungen und Verarschungen der ihr zugesandten Beiträge vorbehält ?

Nehmt Stellung zu unserer Kritik und druckt das Flugblatt vollständig ab!

AntifaschistInnen gegen die Neue Wache

Infobüro Neue Wache / Clinton: Tel.: 786 59 17 (freitags 18 - 20 Uhr)

Hallo, liebe Leute!

Ihr habt in der letzten Interim (nr. 291) unseren Beitrag zur Kundgebung am Flüchtlingslager Brand abgedruckt, was wir in der Form (Zusammenschnitt des einen Flugblatts) auch O.K. fanden.
Allerdings habt ihr vergessen zu erwähnen, daß es eine vollständige Version von dem Flugblatt gibt, und unsere Presseerklärung habt ihr völlig unterschlagen. Aus Platzmangel etc. nicht alles abzudrucken ist ja völlig in Ordnung, aber dann sollte wenigstens ein Hinweis auf den Ordner drin sein, oder habt ihr die restlichen Sachen in den Müll geschmissen ??!

So, das war's erstmal. Bei "Besserung" gibt's sicher auch mal wieder Schokolade!

Tschüss!!!

Liebe SchreiberInnen für die interim!!!
In der letzten Nummer sind einige Fehler vorgekommen. Zum ersten ist eine Kritik, daß Papiere einer bestimmten Richtung (aus MigrantInnensicht) immer im Ordner landen würden, versehentlich im Ordner gelandet. Leider ist dieses Papier zur Zeit nicht auffindbar. Es kommt später. Des weiteren ist eine Kritik am "linken" CSD auch in den Ordner verschwunden, während der Aufruf dazu auf Seite Drei erschien. Die anderen Kritiken lest ihr schon auf dieser Seite. Mit viel Hoffnung auf Besserung,

aus dem Inneren der Interim

"...und in die Gaskammern gingen doch nur die armen Juden..."

Kurz nach dem Brand der Synagoge in Lübeck erschien in der TAZ ein Artikel über HausbesetzerInnen in Potsdam. Zu fast allen Teilen des Artikels erschienen Leserbriefe, nur zu dem Absatz, der hier auch abgebildet ist, gab es unseres Wissens bisher keine Reaktion.
Mit dem Ziel, wenigstens noch eine verspätete Kritik zu formulieren, setzten wir uns zusammen. Dieser Artikel war dann Auslöser, sich der Diskussion über Antisemitismus (speziell in der Linken) zu stellen. Wir stecken noch mittendrin und haben schon viel überlegt, was auch in unseren Köpfen so alles abläuft, stehen z.B. Positionen sehr sehr skeptisch gegenüber, die wir früher evtl. noch wie selbstverständlich vertreten haben, etc.
Zu diesem Absatz ist mindestens folgendes zu sagen:
Die soziale Unterscheidung, die *der junge Mann mit den Rastalocken* unterstellt, ist falsch. Eine der Einzigartigkeiten der Shoah war eben, alle europäischen Juden, unabhängig von sozialen Unterschieden, vernichten zu wollen. Aber so eine Behauptung fügt sich natürlich nahtlos in eine platt-linke Weltsicht ein; antikapitalistisch, wie sie daherkommt, verdeckt sie oberflächlich den antisemitischen Gehalt. Die Formullerung "*In dle Gaskammern glngen*" suggerlert obendrein, daß sie freiwillig irgendwohin gegangen wären.
Dieser Artikel ist ein Beispiel, das sich in den Mainstream, sowohl den linken als auch den gesamtgesellschaftlichen, nahtlos einpaßt.

> Einst gehörte die Riesenvilla einem Mitbegründer der Deutschen Bank, der, weil er Jude war, Deutschland verlassen mußte. Was, wenn eines Tages seine Erben vor der Tür stehen und das Haus verlangen? „Auch die würden die Villa nicht kriegen", antwortet ein junger Bertini mit Angelrute in der Hand. Sieht er keinen Unterschied zwischen Spekulanten der Marktwirtschaft und Alteigentümern, die heute das zurückverlangen, was ihnen die Nazis genommen haben? „Jüdisches Kapital hat doch am Krieg verdient. Und in die Gaskammern gingen doch nur die armen Juden. Die Reichen, wie der Besitzer der Villa, die konnten doch fliehen." Der junge Mann mit den Rastalocken bemerkt seinen Antisemitismus nicht. Diskutieren will er nicht, schließlich gebe es einen Besetzerratbeschluß, kein Wort mit der Presse zu wechseln, „wegen manipulativer Berichterstattung".
>
> *TAZ 28.3.94 Tagesthema*
> *A. Rogolla*

Antisemitismus wird wieder salonfähig. Nicht nur durch öffentliche Polemik, wie die von Schönhuber, durch eine neue Qualität im Wahlkampf rechter Parteien oder durch Brandanschläge auf Synagogen, sondern auch in dem allgemeinen *Nichtverhalten* der Linken wird dies deutlich.
Dieses Nichtverhalten könnte mensch als Resultat nichtvorhandener Information bzw. nicht geführter Auseinandersetzung interpretieren, aber auch für das Nichtführen einer Auseinandersetzung muß es Gründe geben.

Eine Annahme ist die, daß Teile der Linken Antisemitismus nicht in ihr Weltbild einordnen können.
Der Völkermord an den Juden geschah nicht aus der kapitalistischen Verwertungslogik heraus, relativ viele Juden gehörten historisch bedingt nicht den untersten Klassen an, jüdischer Widerstand gilt im Allgemeinen nicht als positiver Bezugspunkt der Linken.

In dem Moment, in dem sich mensch nicht nur mit der Shoah als einem Teil der deutschen Geschichte und der faschistischen Kontinuität dieses Landes auseinandersetzt, sondern auch mit der eigenen Geschichte und Sozialisation als einem Produkt dieser Geschichte, heißt es Konsequenzen ziehen. Konsequenzen, die nicht ein oberflächliches Lossagen von der eigenen Sozialisation, sondern eine tiefergehende Auseinandersetzung damit bedeuten. Dann können solche Aussprüche wie die von dem jungen Mann mit den Rastalocken nicht kommen - dann muß die Linke in irgendeiner Form auf Brandanschläge auf Synagogen reagieren.
Wir werden weiter zu diesem Bereich arbeiten und lassen zu gegebener Zeit von uns hören.

Beutelratten gegen Antisemitismus

ANTIFA WORKCAMP 94 IN BUCHENWALD WEIMAR VOM 01.08.-07.08.94

UNSERE VERANSTALTUNGSVORSCHLÄGE :

* DISKUSSIONSRUNDEN (Irland, pol. Gefangene, Kurdistan, Ökofaschisten, Sozialabbau, uvm.)
* INFOSTÄNDE
* KONZERT
* ALTERNATIVE STADTFÜHRUNG DURCH WEIMAR
* VORLESUNGEN UND FILME
* FÜHRUNGEN IN BUCHENWALD

UND ALLES AUF WAS IHR LUST HABT, ABER BESONDERS EINE MENGE AN ARBEIT, DENN DIE GEDENKSTÄTTE BRAUCHT JEDE ERDENKLICHE HILFE.

Wir sind AntifaschistInnen die sich bereits das 5. Jahr in Folge in Buchenwald treffen. Dort arbeiten wir an der Gedenkstätte, diskutieren, feiern und machen sonst noch alle Dinge die EUCH und UNS Spaß bringen oder notwendig erscheinen.
Wir kommen aus verschiedenen Zusammenhängen und wollen auch in diesem Jahr ein breites, buntes, unterschiedliches und offenes Spektrum bilden.
Der Tag kostet pro Person, mit Frühstück und Abendbrot, 5.00 MARK.
Bringt Schlafsäcke mit und ihr könnt das Geld für die Bettwäsche sparen.

KOMMT ALLE ZAHLREICH ! ARBEITEN IST KEIN MUß !
SPENDENKONTO BdA HALLE 2021480 VOLKSBANK HALLE BLZ 80093784 KENNWORT BUCHENWALD

Infos und Anmeldung über : * Antifa BITTERFELD
Postlagernd
Bitterfeld 06749

KAMPF DEM FASCHISMUS





Der Leitfaden enthält:
- ausführliche rechtliche Hinweise zu den Regelungen des AsylbLG,
- eine Auswertung der unterschiedlichen Praxis/Umsetzung des AsylbLG in den einzelnen Bundesländern,
- Musterformulare zur Beantragung infragekommender Leistungen nach AsylbLG und nach BSHG (Kleidung für Erwachsene und Kinder, Schwangerschaftsbedarf, Babyausstattung, Schulbedarf, Möbel und Hausrat etc.),
- Muster für Rechtsmittel gegen rechtswidrige Sachleistungen für Asylsuchende mit mehr als einem Jahr Verfahrensdauer und für Flüchtlinge mit Duldung,
- eine (auch als Anregung für weitere Aktionen gedachte) Dokumentation von Protesten und Aktionen gegen das AsylbLG,
- Hinweise zu den Lieferanten/Profiteuren der Sachleistungen nach AsylbLG,
- eine Dokumentation der bisher vorliegenden Rechtsprechung und eine Zusammenstellung der vorliegenden Veröffentlichungen und Ausführungsvorschriften zum Gesetz.

Menschenwürde mit Rabatt – Das Asylbewerberleistungsgesetz und was man dagegen tun kann
Hrsg. PRO ASYL, bearbeitet von Georg Classen,
Broschüre, 144 Seiten, Format DIN A4,
Einzelpreis DM 15.- (ggf. zzgl. Versandkosten)
ISBN-3-86059-471-0

Auslieferung ab Mitte/Ende Juni 1994;
Bestellungen an: PRO ASYL, Postfach 101843, 60018 Frankfurt/Main, Fax 069/280370
Vertrieb für den Buchhandel: Ariadne Buchdienst, Kiefernweg 13, 76149 Karlsruhe, Fax 0721/788370

Freiheit für Irmgard Möller

Am Mittwoch den 22. Juni findet in Lübeck die Anhörung von Irmgard Möller statt. An dem Termin, der nicht öffentlich ist, nehmen das Lübecker Gericht, die Staatsanwaltschaft, Irmgard Möller und ihre Anwältin und ein Psychater teil. Der Psychater ist deshalb persönlich anwesend, weil er bisher kein schriftliches psychatrisches Gutachten von Irmgard Möller erstellt hat und sie sich auch weigert, daß eins angefertigt wird. Zwei ärztliche Gutachten (vom Knastarzt und einem Internisten aus Hamburg) liegen schriftlich vor.
Es sieht aber so aus, daß die Entlassung von Irmgard weiter verschleppt werden soll.
Irmgard sitzt am 8. Juli, dem Tag Ihrer Verhaftung, seit 22 Jahren im Knast. Wir haben uns überlegt, daß wir an diesem Tag in Berlin Transparente aufhängen wollen mit dem Motto FREIHEIT FÜR IRMGARD MÖLLER.
Wie bei allen anderen kleinen Initiativen auch haben sie dann eine Wirkung, wenn sich viele daran beteiligen.

Sonnabend, 25. Juni, 11 Uhr - Treffpunkt Albertplatz

Polizeistaat - nein danke!

Demonstration gegen das sächsische Polizeigesetz

Am 27. April hat der Sächsische Landtag ein neues Polizeigesetz verabschiedet, das in der Bundesrepublik beispiellos ist.

Die Befugnisse der Polizei werden in vielen Paragraphen erweitert. Sie sind gleichzeitig aber meist so unpräzise formuliert, daß eine Grauzone entsteht, in der staatliche und polizeiliche Willkür leichter als bisher möglich sind. Daß diese Sorge berechtigt ist, zeigt das teilweise erschreckende Verhalten der Polizei z. B. beim Republikaner-Parteitag in Thum. Unter diesen Umständen den Ermessensspielraum der Beamten zu erweitern, ist mehr als fragwürdig.
Nachrichtendienstliche Mittel durften bisher nur Geheimdienste anwenden, nach dem neuen Gesetz stehen sie auch der Polizei zur Verfügung. Es dürfen persönliche Informationen über Menschen gespeichert werden, von denen die Polizei ***annimmt,*** daß sie künftig Straftaten begehen könnten. Das betrifft auch ihre Kontakt- und Begleitpersonen. Wie lange diese Informationen dann gespeichert werden, liegt im Ermessen der Polizei. Für den Einsatz von »verdeckten Ermittlern« und für Film- und Tonbandaufnahmen außerhalb der Wohnung ist nicht die Zustimmung eines Richters nötig; mit richterlicher Zustimmung darf die Polizei jetzt sogar in Wohnungen schnüffeln.
Bis zu 14 Tagen kann man nach dem neuen Polizeigesetz festgehalten werden, ohne daß ein Haftbefehl vorliegt. Das kann auch »vorbeugend« geschehen, also ohne daß eine Straftat begangen wurde.

Das Gesetz berücksichtigt ausschließlich die Wünsche der Polizei nach einem größeren Handlungsspielraum. Das legitime Bedürfnis der Bürgerinnen und Bürger nach Schutz vor staatlicher Willkür wird weitgehend außer acht gelassen. Das sollten wir nicht einfach so hinnehmen.

Aktionsbündnis gegen das Polizeigesetz

Bündnis 90 / Die Grünen, PDS, Radio-Initiative Dresden e.V., Jusos, Roter Baum e.V., SchülerInneninitiative Demokratische Schule, Jugendparlament e.V., MLPD, KPD und autonome Gruppen

WEG mit dem POLIZEIGESETZ !

- *Finaler Rettungsschuß*
- *großer Lauschangriff*
- *14 Tage Vorbeugehaft*
- *verdeckte Ermittler*
- *Rasterfahndung*
- *Polizei mit Geheimdienstmethoden*

Überwachung total



***Demo* am: 25.06.94**
***Treff* : 11 Uhr**
Dresden
Albertplatz

anschließend:
Kundgebung
Volksküche
Infostände
vor dem
Kulturpalast

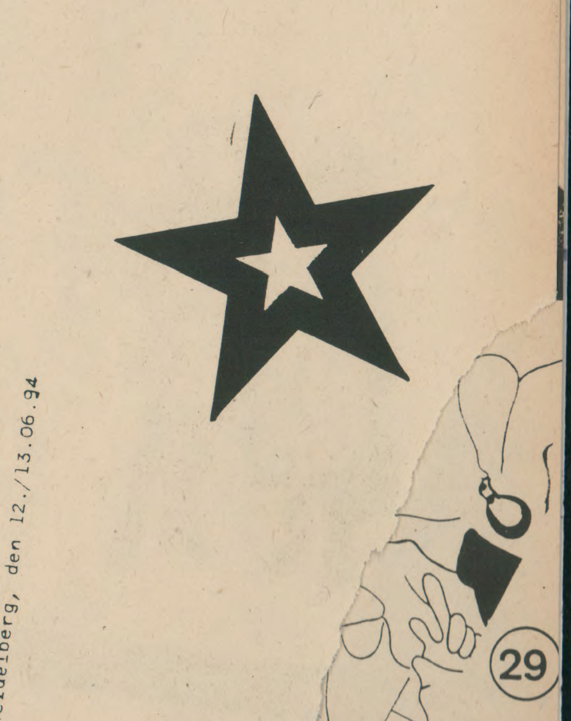
FREIHEIT FÜR DIE GEFANGENEN AUS RAF UND WIDERSTAND !

In der Nacht vom 12/13.06.94 haben wir an der Autobahnbrücke Heidelberg-Mannheim, Hohe Edingen-Grenzhof das Transparent:
FREIHEIT FÜR DIE GEFANGENEN AUS RAF UND WIDERSTAND
angebracht.
Wir lassen nicht mehr locker und kämpfen für die Freiheit unserer Genossinnen/en, die als Geiseln des Staates in den Vernichtungstrakten sitzen.
Der Staat überzieht die Gefangenen mit Kronzeugenprozessen, damit die vorprogrammierten Urteile: lebenslang, dazu führen, daß die Gefangenen, die schon in früheren Prozessen zu x-mal lebenslang verurteilt wurden und jetzt erneut lebenslang bekommen, wirklich nicht mehr rauskommen.
Weil die Herrschenden wissen, daß sie die politische Identität der Gefangenen nicht brechen können, setzen sie die angeschlagene Gesundheit der Gefangenen (resultierend aus den unmenschlichen Haftbedingungen) gegen sie ein, mit dem Ziel der physischen Vernichtung.
Wir kämpfen mit den Gefangenen für ihre Freilassung und gehen dafür jetzt immer wieder an die Öffentlichkeit, um diesen Staat und seine Vernichtungsstrategie bloßzustellen.

...ABER DIE STÄRKSTEN KÄMPFEN IHR LEBEN LANG
- DIESE SIND UNENTBEHRLICH !

(Bertolt Brecht)

Heidelberg, den 12./13.06.94



AKTION AUTONOMES PREISRÄTSEL
DIE UNREGIERBAREN

1. Wieviele Unterschriften brauchten wir, um zur Europawahl zugelassen zu werden ?
   4000 ◯ 6000 ◯ 34789 ◯
2. Wieviele Gruppen waren auf der 1. Vollversammlung ?
   78 Gruppen/1 Student ◯ eine Familie/2 Gruppen/eine Person, die sich verlaufen hat ◯
   eine AutofahrerIn/ RTL plus/ 16,5 Autonome ◯
3. Wieviele Menschen waren bei der 2. VV ?
   mehr als bei der Ersten ◯ weniger als bei der Ersten ◯ niemand ◯
4. Was wollten wir ?
   5 Jahre Urlaub in Straßburg ◯
   autonome, radikale Inhalte öffentlich machen ◯
   Schlagsahne für alle ◯
5. Wieviele verschiedene Fernsehspots gab es ?
   es gab keine ◯ 3 ◯ 4 ◯
6. Wieviele Leute haben Liste 19 angekreuzt ?
   -11 ◯ 2387 ◯ 007 ◯
7. Was ist unsa Symboltier ?
   Zecke ◯ Assel ◯ Giraffe ◯
8. An welche Adresse schickt ihr dieses Rätsel ?
   Papiertiger/Cuvrystr.25/10997 Berlin ◯ Europaparlament ◯ H. Kohl ◯
9. Was ändern Wahlen ?
   nix ◯ gar nix ◯ wenig ◯
10. Was fanden wir Scheisse ?
   Die überfüllten VV ◯ die vielen Zuschriften, Reaktionen ◯ die Beteiligung ◯
   (mehrere Antworten möglich)
11. Wie findet ihr die ganze Aktion ? (hier bitte mind. 7 Sätze)

Bei 8 richtigen Antworten und mind. 7 selbstgeschriebenen Sätzen (im Ernst, eine Reaktion von euch wäre fällig) kommt ihr in die Auslosung. Zu gewinnen gibt es ein autonomes Überraschungspaket. Auflösung und Bekanntgaben der GewinnerInnen in einer der nächsten Interim.

Wer ihr seid, euer Code ◯

Kleine Hilfe zu Frage 6
der VS behauptet es gäbe nur 1200 Autonome in der Stadt

AUTONOME LISTE Berlin

DIE UNREGIERBAREN AUTONOME LISTE

ABGEGEBEN IN: INFOSHOP SUBVERSIV BRUNNENSTR 6 B-MITTE

ACHTUNG, Bullen!

Wir warnen alle AktivistInnen und solche, die es werden wollen: In SO 36 sind uns in letzter Zeit drei Zivilbullen aufgefallen, die in Auftreten und Kleidung praktisch kaum von linken und Szene-Leuten zu unterscheiden sind. Konkret sind sie uns z. B. am Freitag, den 13. Mai 1994 am Paul-Lincke-Ufer aufgefallen: Drei Typen zwischen 20 und 35, längere Haare, z.T. unrasiert, lässig mit Holzfällerhemd aus der Hose hängend und Baseball-Käppi aufgefallen. Sie fahren einen dunkelroten Opel Kadett

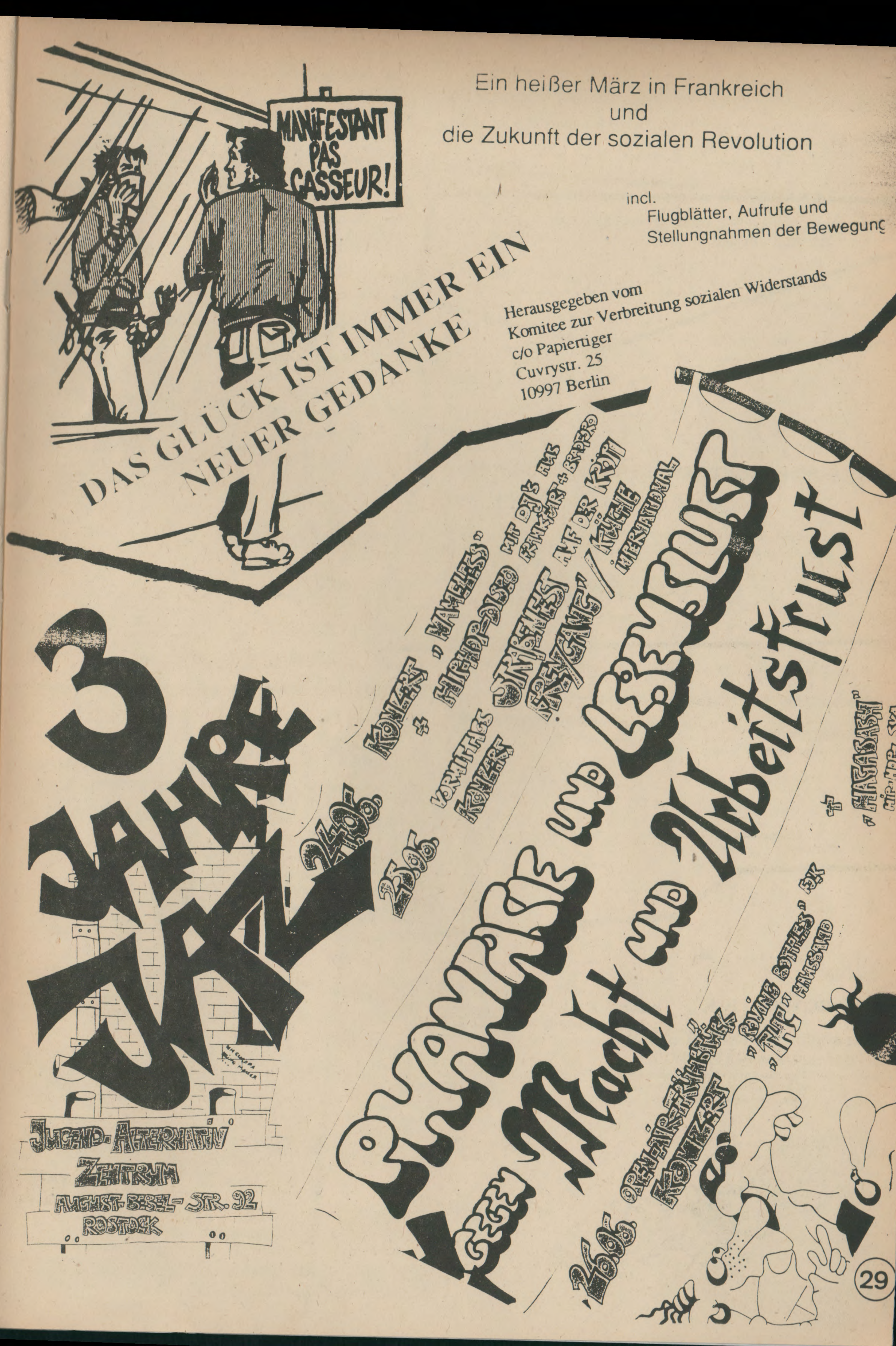
Kennzeichen: B-DJ 2483.

Sie waren mit Tonfas unterwegs.

Uns ist hauptsächlich ihr selbstbewußtes Auftreten und das Outfit aufgefallen, auch wenn grundsätzlich natürlich klar ist, daß Bullen so oder so versuchen, zu spitzeln. Laßt Euch davon nicht abhalten - aber seid vorsichtig!

Anna, Arthur, Ayşe, Ali und alle anderen halten's Maul! die Bullen bei ihrer Schnüffelei!

I
I
il
in B
FREI
Wie k
Wirku


MANIFESTANT PAS CASSEUR!
Ein heißer März in Frankreich
und
die Zukunft der sozialen Revolution
incl.
Flugblätter, Aufrufe und
Stellungnahmen der Bewegung
DAS GLÜCK IST IMMER EIN
NEUER GEDANKE
Herausgegeben vom
Komitee zur Verbreitung sozialen Widerstands
c/o Papiertiger
Cuvrystr. 25
10997 Berlin
3 JAHRE JAZ
Jugend-Alternativ Zentrum
August-Bebel-Str. 92
Rostock
Phantasie und Lebenslust
gegen Macht und Arbeitsfrust
29

Do. 23. Juni

Infoladen Daneben im X-B-Liebig:
"WAS ABER WAREN WIR FÜR MENSCHEN..."
Video über die Geschichte des bewaffneten Kampfes 1967 - 1977
Donnerstag, 23. Juni 1994, 21 Uhr.
Liebigstr. 34, 10247 Berlin-Friedrichshain

WAGENBURG SCHWARZER KANAL:

LECKER VOKÜ AB 19°°



23.6. AN DER SCHILLINGBRÜCKE / ECKE KÖPI

Fr. 24.6. 20 Uhr Infoveranstaltung
über Repression gegen KurdInnen in der BRD

Cafe KGB c/o Potse
Potsdamer Straße 180

Sa. 25. Juni

Syndikat-Soli-Party
"Syndi goes east - mit the Steuereintreiber"
in der Brunnenstr. 7, Mitte
am Samstag 25.6. um 22 Uhr

HOFFEST

in der Yorckstr.59 HH
am Sa. 25 Juni ab 15.00 Uhr

Es gibt
Kaffee und Kuchen
anderes Essen
Musik Theater
Kinderspiele Flohmarkt
und schönes Wetter

Keine nationalistische Einheitsfeier am 3.10.94 in Bremen

bundesweites Vorbereitungstreffen: 25. Juni 94, 11.oo Uhr
Frauenkulturprojekt - besetztes Haus, Buntentorsteinweg 372, Bremen

Bündnistreffen "Keine nationalistische Einheitsfeier am 3.10."
Kontakt über Anti-Rassismus-Büro, Sielwall 38, 28203 Bremen, Tel 0421-706444, Fax 706445
für weitere Nachfragen und möglichst Anmeldung zum Treffen. Wg. Essen und ggf. Schlafplätzen
für Öffentlichkeitsarbeit benötigen wir dringend Spenden.
... Sonderkonto ... Sparkasse in Bremen BLZ 290 ... Kto-Nr ... 2329

So. 26. Juni

Anarchistischer Medienladen
BARBATA
im El Locco Café

Kreuzbergstr.43,
10965 Berlin-Kreuzberg
(U- + S-Bahn Yorckstr.)



Antinationale Initiative

Bericht aus Argentinien und Rußland

Die Antinationale Initiative arbeitet in der Region Berlin, Krakow, Warszawa, Gdansk, ... und kämpft gegen Faschismus und Nationalismus. Sie versucht durch gegenseitige Beziehungen und Hilfe die eigenen Verhaltensmuster zu verändern. Hierzu werden noch dringend interessierte Menschen gesucht.

Sonntag, den 26.06.1994 18.00

Di. 28. Juni

• **Videofilm zur Geschichte der RAF:**
"was aber waren wir für menschen ... - Über die Zusammenlegung zur Freiheit und weiter"
film der gruppe 2 von 1993

Dienstag * 28. Juni 94 * 18 Uhr
cafe geschwulst, linnestr. 22, 14195 berlin



EINE DEUTSCHE REVOLUTION

ein Film von Helmut Herbst nach einem Roman von Kasimir Edschmid „Büchner, eine deutsche Revolution"

Die. 28.6. um 20°°
Kreuzbergstr. 43, 1000 Berlin ... El Locco
offen dienstags ... sonntag ab 16°°

Mi. 29. Juni

ANTIFA-Hummelnest presents:

"DIE BOMBE TICKT" -Videoabend

Mittwoch, 29. Juni 20.oo Uhr
Traditionskabinett "KRÄHENFUß"
im Seitenflügel(AudiMax) des HU-Hauptgebäudes-Erdgeschoß
(Bus: 100, 157/ Tram 1 Endhaltestelle /5 Min von S- u. U-Bahn- Haltestelle Friedrichstraße)

Halt! - Mittwoch - Aussteigen!

Austausch über die Wiederbelebung anarchistischer, libertärer Vernetzungen in Berlin und Umgebung.

Mittwoch, den 29.6.1994 ab 11.00

Anarchistischer Medienladen
BARBATA
im El Locco Café

Kreuzbergstr.43,
10965 Berlin-Kreuzberg
(U- + S-Bahn Yorckstr.)

COLPO
politische Stadtkommune

Info und Diskussion über Möglichkeiten eines anarchistischen Kommunekonzeptes. Vorstellung über den Stand der anarchistischen Kommune colpo.
Wer kann es sich als Perspektive vorstellen, statt in losen unverbindlichen Zusammenhängen zu leben globale, intensive Beziehungen aufzubauen? Was heißt das konkret, sich nicht mehr privatisiert zurückzuziehen, sondern den Alltag in allen seinen Formen politisiert, selbstbestimmt und offensiv zu gestalten? Wie wollen wir mit Kindern zusammensein, wie arbeiten, wie wirtschaften, mit wem uns vernetzen? Utopien können nur wahr werden, wenn wir beginnen, sie zu leben.

Dienstag, den 28.06.1994

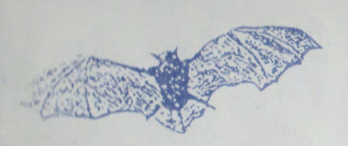
Anarchistischer Medienladen


Im El Locco Café

Kreuzbergstr.43,
10965 Berlin-Kreuzberg
(U- + S-Bahn Yorckstr.)



Do. 30. Juni



Chiapas (Mexiko)
Informations- und Diskussionsveranstaltung zur aktuellen Situation und zu den Hintergründen des Indigena-Aufstandes
Ort: Mehringhof, Gneisenaustr. 2
Zeit: 30.6.94, 19:00 Uhr

Mexiko-Gruppe im FDCL

Infoladen Daneben im X-B-Liebig:
INFOVERANSTALTUNG ZUR "NEUEN WACHE"
Donnerstag, 30. Juni, 21 Uhr,
Liebigstr. 34, 10247 Berlin-Friedrichshain

Fr. 1.7. 20 Uhr Aktuelles aus Guatemala
Film: Romper el cero -Flüchtlinge eines verdeckten Krieges
Nach "Ojalá - Hoffnung auf ein neues Land" ein neuer Film von Thomas Walther und Uli Stelzner.
Thomas Walther wird da sein, aktuelles berichten und Fragen beantworten.

Ort: Café KGB c/o Potse
Potsdamer Straße 180
U/S: Yorckstr., Kleistpark, Bülowstr., Kurfürstenstr.









— Halbjährliche Irland-Zeitung —

Informationen und Diskussionen aus der irisch republikanischen Bewegung: Interviews, Hintergründe, Gefangene, Frauenkampf

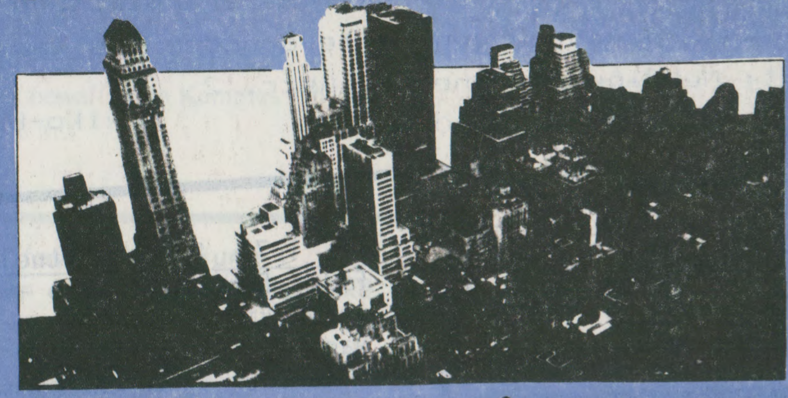
Erstausgabe erscheint ab Juli

Einzelheft nur gegen Vorauskasse (bar oder Briefmarken) DM 4 + DM 3 Porto Ab 5 Exemplare DM 3 pro Ex + DM 5 Porto

Kontakt- und Bestelladresse: Irland Gruppe c/o Infoladen "Anschlag", Heeperstr. 132 33607 Bielefeld

DER SAAL IM THOMAS - WEISBECKERHAUS HAT MO-DO ZWISCHEN 17 UND 21 UHR NOCH TERMINE FÜR GRUPPEN FREI.
AUSSERDEM GIBT ES DORT :MO -DO AB 13 BIS 21 UHR DIE K I E Z K Ü C H E ,DIE .SCHMACKHAFTES INTERNATIONALES ESSEN SOWOHL VEGETARISCH .ALS AUCH MIT FLEISCH ZUBEREITET
THOMMY -HAUS
WIHLEMSTR.9
10963 BERLIN (U-BAHN HALLESCHES TOR)
TEL.2518539 (MO,DI 17-21 UHR)

· KREUZBERG IST NICHT ·



· NEW YORK ·

59

Yorck bleibt